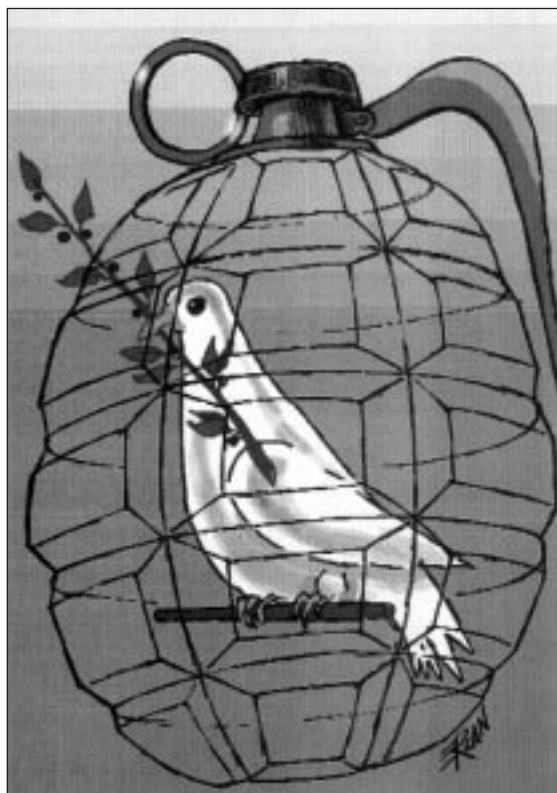


3/2004

Nützliche Nachrichten

# Dialog und Verständigung statt Gewalt und Zerstörung

Zum kurdisch-türkisch-deutschen Dialog  
für eine politische Lösung des Krieges in der Türkei



**Gewalt oder Frieden?**

Die Nützlichen Nachrichten werden vom Dialog-Kreis herausgegeben.

Bestellungen dieser **Nützlichen Nachrichten**  
möglichst mit Briefmarkenspenden an:

Dialog-Kreis, Postfach 90 31 70 in 51124 Köln  
Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

[dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de), [www.dialogkreis.de](http://www.dialogkreis.de)

Für Ihre Spenden und Beiträge steht unser Konto Dialog-Kreis,  
Konto-Nr. 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei  
der Stadtsparkasse Köln natürlich auch zur Verfügung.

## Editorial

Die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen steht, wenn Sie diese Nummer in Ihren Händen halten, fast unmittelbar bevor. Dies ist selbstverständlich eine sehr wichtige Weichenstellung für die Entwicklung in der Türkei und für die Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Diese Perspektive veranlasste den Dialog-Kreis, zu der Konferenz „Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage“ im Juni nach Berlin einzuladen. Einen kurzen Bericht über die sehr gelungene Konferenz finden Sie in dieser Ausgabe. Eine ausführliche Dokumentation erscheint in Kürze und kann von Ihnen beim Dialog-Kreis schon jetzt zum Preis von 7,50 EUR einschließlich Versandkosten bestellt werden (Bestelladresse auf Seite 1) In ihr sind die Beiträge von Hans Koschnik, Tarik Ziya Ekinci, Baskin Oran, Amke Dietert, Ruprecht Polenz, Herbert Schnoor, Giyasettin Sayan, Mehmet Sahin und mir abgedruckt.

Die Schwerpunkte in diesem Heft liegen angesichts der bevor stehenden Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Bereich der Reformen Ankaras und ihrer Defizite in Bezug auf die kurdische Frage. Die „innere Situation“ wird durch viele Berichte verdeutlicht. Angesichts der auch für die Türkei so wichtigen Entwicklung im Nachbarland, lassen wir die zwei wichtigsten kurdischen Führungspersonlichkeiten im Nordirak zu Worte kommen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die sich anbahnende Spaltung der PKK-Kräfte in einen militanten Teil und einen solchen, der weiterhin auf friedenspolitische Schritte setzen möchte. Diesem Thema ist auch mein Kommentar unter der Überschrift „Die kurdische Tragödie“ gewidmet.

Einen weiteren Bericht aus dem „Bienenland“ Hakkari können wir Ihnen hoffentlich in der nächsten Ausgabe der Nützlichen Nachrichten geben. Dann werden die Honigernten dieses Jahres eingefahren sein und die Bienenvölker bereits wieder ihr Winterlager an der wärmeren Küste erreicht haben.

Bis dahin grüße ich Sie herzlich

*Ihr*

**Andreas Buro**

*Koordinator des Dialog-Kreises*

## Impressum

Die Nützlichen Nachrichten erscheinen in unregelmäßiger Folge, möglichst jedoch 4 x jährlich.

Sie werden herausgegeben vom DIALOG-KREIS

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, 51124 Köln

Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

E-Mail: [dialogkreis@t-online.de](mailto:dialogkreis@t-online.de), <http://www.dialogkreis.de>

Redaktionsgruppe: Andreas Buro, Mehmet Sahin,

Luise Schatz, Mani Stenner

Die Arbeit des Dialog-Kreises ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei der Stadtsparkasse Köln.

Diese Publikation wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

## Brief an Leyla Zana und DEP-Abgeordnete

Am 9. Juni 2004, an dem Tag, an dem der staatlicher Fernsehsender sein erstes Program in kurdischer Sprache ausstrahlte, wurden die inhaftierten DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak freigelassen. Der Dialog-Kreis schrieb zu diesem erfreulichen Anlass den folgenden Brief an die Freigelassenen: „seit fast 10 Jahren setzt sich der Dialog-Kreis für Ihre Freilassung und für die Aufhebung der Urteile gegen Sie ein. Wir freuen uns sehr und beglückwünschen Sie, dass Sie nun endlich das Gefängnis verlassen konnten.“

Unsere Arbeit hat sich seit jeher auf eine friedliche, politische Lösung der Kurdenfrage im Rahmen des Staates Türkei gerichtet. Dafür haben wir viele Konferenzen veranstaltet, Memoranden geschrieben und Appelle verfasst. Diese Arbeit richtete sich nicht nur an die jeweiligen politischen Stellen in der Türkei, sondern auch an die deutsche und die EU-europäische Öffentlichkeit.

So auch unser jüngster Appell, den wir Ihnen mit unserem Schreiben bekannt machen möchten. Er kam gerade zur Zeit Ihrer Entlassung heraus. Er ist von bekannten Persönlichkeiten unterschiedlicher politische Zuordnung unterschrieben, die sich seit vielen Jahren mit der kurdischen Frage befassen. Diesen Appell haben wir anlässlich einer Konferenz im Berlin Abgeordnetenhaus, an der auch Vertreter von Ministerien und der EU teilnahmen, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Unserem Brief fügen wir auch ein Memorandum bei, dass wir im Dezember 2002 in Ankara dem heutigen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan übergeben haben. Auch darin plädieren wir für eine friedliche Lösung des Konflikts. Nach wir vor glauben wir, dass nur eine Lösung ohne Gewalt zu einer befriedigenden Situation der kurdischen Bevölkerung der Türkei führen kann.

In diesem Sinne treten auch wir, wie auch Sie es ausgedrückt haben, gegen die Aufkündigung des einseitigen Waffenstillstandes der PKK ein.

Wir werden unsere Bemühungen in dem angedeuteten Sinne fortsetzen und Sie darüber unterrichten.“

## EU-Botschafter treffen sich mit Leyla Zana

Die am 9. Juni aus dem Gefängnis entlassenen ehemaligen kurdischen Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak haben am 5. Juli 2004 die Botschafter der EU zum Mittagessen eingeladen und dabei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geworben. Die EU-Länder wurden angeführt vom niederländischen Botschafter Sjoerd Gosses, dessen Land gerade den Vorsitz in der EU innehat. Dazu kamen

Verwendete Kürzel für türkische Presse:  
C=Cumhuriyet; H=Hürriyet; M=Milliyet;  
ÖP=Özgür Politika; R=Radikal; S=Sabah

acht weitere Botschafter der EU und der EU-Vertreter in Ankara. Zana betonte, man müsse das kurdische Problem auf eine demokratische Ebene ziehen und mit friedlichen Methoden lösen. Ein Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im kommenden Dezember werde diejenigen in der Türkei stärken, die für Veränderung und Frieden seien. Die EU-Botschafter wollten von Leyla Zana vor allem eine klare Distanzierung vom Terrorismus. Der Botschafter Österreichs fasste die Bedeutung Zanas aus Sicht der Europäer so zusammen: Sie ist eine Symbolfigur, sowohl für ihre Volksgruppe als auch für die Türken, deshalb muss sie sich vom Terrorismus eindeutig distanzieren. Es müsse klar werden, dass das Eintreten für Minderheitenrechte und der Terrorismus etwas völlig verschiedenes seien. Er habe den Eindruck gehabt, dass diese Botschaft der Diplomaten bei Zana auch angekommen sei.

Der hinzugeladene türkische Aussenminister Abdullah Gül blieb dem Treffen fern. Gül hat aber Leyla Zana und ihre ehemaligen Mithäftlinge kurz nach der Entlassung aus dem Gefängnis zu einem Gespräch empfangen.

Am 6. Juli empfing der deutsche Botschafter in Ankara, Wolf-Ruthart Born, der ein Tag zuvor nicht der Einladung der DEP- Abgeordneten gefolgt war, die vier Abgeordneten. Eine ähnliche Botschaft ging auch vom deutschen Botschafter aus: „Verurteilt den Terror und die Terrororganisation PKK“.

Andererseits steht Zana weiterhin in mehrfacher Hinsicht mit einem Bein im Gefängnis. Ihr Verfahren ist nicht abgeschlossen, der Staatsanwalt hat wegen politischer Auftritte in Diyarbakir und anderen kurdischen Städten bereits wieder eine Voruntersuchung gegen sie eingeleitet. Wegen der bisher nicht aufgehobenen Vorstrafe ist ihr politische Betätigung, also zum Beispiel der Eintritt in eine Partei oder die Kandidatur für ein Amt, verboten. Leyla Zana ist dabei eine politische Symbolfigur.

(H, 19., 21. und 23.6.04; ÖP, 23.6.04; H, 5., 6. und 7.7.04; NZZ, 7.7.04; St. Galler Tagblatt, 8.7.04)

## Kurdisch im türkischen Fernsehen

Der 9. Juni 2004 hat in der türkischen Geschichte schon jetzt einen sicheren Platz. Denn an diesem Tag wurde noch ein Tabu des kemalistischen Staates gebrochen. Zum ersten Mal begann das türkische Staatsfernsehen TRT an diesem Datum ein Programm in kurdischer Sprache auszustrahlen. 30 Minuten wurden Nachrichten, Musik und Dokumentar-Beiträge gesendet.

Die TRT nahm nicht nur kurdische Sendungen auf, sondern Sendungen in bosnischer, tscherkessischer und arabischer Sprache zu senden.

Die rechtlichen Grundlagen für kurdische Fernsehprogramme bestanden schon seit längerem. Die Umsetzung liess aber bisher auf sich warten. Die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte die TRT-Führung deshalb kurz vor den Sendungen aufgefordert, mit der Ausstrahlung kurdischer Sendungen zu beginnen. Nach den Richtlinien sind wöchentlich bis zu vier Stunden Fernsehen und sechs Stunden Rundfunk in Minderheiten-Sprachen möglich. Etwa ein Viertel der 70 Millionen Einwohnern der Türkei gehören der kurdischen Volksgruppe an.

Der Direktor von TRT, Senol Demiröz, gab bekannt, dass der Fernsehsender TRT-3 und „Radyo 1“ am 7. Juni mit Sendungen in nicht-türkischen Sprachen und Dialekten beginnen werden. Die Radiosendungen sollen zwischen 6.10 und 6.45 und die Fernsehprogramme zwischen 10.30 und 11.30 Uhr ausgestrahlt werden. „Wir wollen zeigen“, betonte der TRT-Chef, „welchen kulturellen Reichtum unser Land zu bieten hat.“

Die Sendungen sind erheblich kritisiert worden. Ein Paketprogramm wurde in den Sprachen der Sendungen übersetzt und ausgestrahlt. Nachrichten von vor einer Woche bildeten das Hauptmenü. Selbst die türkische Tageszeitung Milliyet hat die Proteste der Bevölkerung mit großen Aufmachern verbreitet. „EU wird es nicht schlucken“, die Überschrift und der zusammengefasste Kommentar der Zeitung.

(Rheinische Post, 4.6.04; R, 5.6.04, taz, 7.6.04; M, 9.6.04, ÖP 10.6.04)

## Ein Zivilist für den Sicherheitsrat

„Der Wechsel an der Spitze des Nationalen Sicherheitsrates (MGK) werde eine „wichtige Maßnahme“ mit Blick auf den nächsten Türkei-Bericht der EU-Kommission sein“, sagte Verteidigungsminister Vecdi Gönül gegenüber der Tageszeitung Hürriyet am 5. Juli 2004. Der lange Zeit von den Militärs beherrschte Nationale Sicherheitsrat erhält in den nächsten Wochen erstmals einen zivilen Chef. Als neuer Generalsekretär des MGK wurde der Botschafter in Athen, Yigit Alpdogan, vom Premier Erdogan dem Staatspräsidenten Sezer vorgeschlagen. Sezer hat den Vorschlag zugestimmt. Der erste zivile Generalsekretär der mächtigen Nationalen Sicherheitsrates, Alpdogan, wird in der zweiten Hälfte Septembers sein neues Amt antreten.

Der Nationale Sicherheitsrat war für die türkischen Militärs in den vergangenen Jahren das wichtigste Instrument, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. Im vergangenen Sommer hatte die Regierung den Sicherheitsrat zu einem Beratungsgremium herabgestuft.

Die türkischen Militärs hatten 1960, 1971 und 1980 die zivilen Regierungen gestürzt; 1997 drängten sie den islamistischen Premier Necmettin Erbakan aus dem Amt. Ihre Schlüsselstellung verdankt die Armee dem Gründer der Türkischen Republik, Mustafa Kemal Atatürk.

(H, 5.7.04; H und Wiener Zeitung, 6.7.04; FR, 7.7.04; St. Galler Tagblatt, 4.8.04; FAZ, 6.8.04; H, 10.8.04; ÖP, 18.8.04; H, 19.8.04)

## Verordnung zu Demonstrationen

Der Innenminister Abdülkadir Aksu hat mit Datum vom 11. Juni 2004 eine Verordnung zum Verhalten der Sicherheitskräfte bei Demonstrationen erlassen. Nach dieser Verordnung ist es den Beamten untersagt, bei Kundgebungen und Demonstrationen „willkürlich, extrem und ungerecht“ einzugreifen. Die Polizei und Gendarmerie darf keine Video- oder Fotoaufnahmen zum Zwecke der Archivierung von Erkenntnissen anfertigen. In Zukunft sollen die als Pressekonferenz deklarierten „Kundgebungen“ für die Dauer von einer Stunde erlaubt sein, wenn die Zahl der Teilnehmer nicht das 5-fache der Funktionäre der Vereinigung übersteigt, der Verkehr

nicht behindert wird und es nicht zu gewalttätigen Ausschreitungen kommt. Dabei ist die Benutzung von Megaphonen und anderen lautverstärkenden Instrumenten erlaubt. Spruchbänder und Parolen sind erlaubt, da sie als Ausdruck des im Grundgesetz verbrieften Rechts auf freie Meinungsäußerung darstellen. Bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen werden keine Videogeräte eingesetzt und nichts unternommen, das den Eindruck erwecken könnte, es handele sich um eine illegale Aktion. Nur im Falle, dass es ernsthafte Hinweise auf Straftaten gebe, können Aufgaben mit schriftlicher Genehmigung des örtlichen Regierungsvertreters (Gouverneur, Landrat) gemacht werden.

In einer ersten Stellungnahme hat der Vorsitzende des IHD, Hüsnü Öndül, die Verordnung als einen enormen Schritt bezeichnet. Im Jahre 2003 seien in kurdischen Gebieten 2.794 festgenommen, von denen 908 nach sogenannten Demonstrationen festgenommen wurden. Das seien 35% aller Festnahmen. Im Westen der Türkei habe der Anteil dieser Festnahmen nach dem Gesetz zu Demonstrationen und Kundgebungen 40% betragen. Dabei habe es aber erhebliche Unterschiede gegeben. Während in Ankara in 90% der Fälle das Recht wie in Paris in Anspruch genommen werden könne, sei das in Istanbul unmöglich gewesen.

(R, 19.6.04; www.tuerkeiforum.net)

## Der Europarat entlässt die Türkei aus dem Überwachungsverfahren

Am 22. Juni 2004 hat der Europarat die Türkei aus einem achtjährigen Überwachungsverfahren entlassen. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates in Straßburg hob hervor, dass die Türkei in den letzten drei Jahren sowohl ihren Willen als auch ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt habe, ihre Verpflichtungen zu Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte zu erfüllen. Besonders gewürdigt wurden die Zurückdrängung der Armee aus der politischen Sphäre und die Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte, das neue Wahlgesetz, die Anerkennung von Minderheiten sowie die Maßnahmen zur Bekämpfung von Folter und Korruption.

Noch im April hatte die Versammlung die Beendigung des Monitorings gegenüber der Türkei abgelehnt, weil das türkische Staatssicherheitsgericht die vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Strassburg gerügten Urteile gegen Leyla Zana und weitere kurdische Parlamentarier erneut bestätigt hatte. Am 9. Juni nun wurden die Abgeordneten vom obersten Appellationsgericht der Türkei überraschend wegen Verfahrensfehlern des Staatssicherheitsgerichts auf freien Fuß gesetzt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der seit 2001 erzielten Fortschritte setzt die Versammlung das Vertrauen in die Türkei, dass sie die noch notwendigen weiteren Reformen einleitet und durchführt. Jedoch wurden dem Land in einem sogenannten Postmonitoring-Verfahren einige nicht unerhebliche Auflagen gemacht. So soll die 10-Prozent-Schwelle bei Parlamentswahlen gesenkt

werden, und im Ausland lebende Bürger der Türkei sollen ihr Wahlrecht ausüben können, ohne in die Türkei reisen zu müssen. Verlangt wird weiter die Anerkennung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung und die Schaffung eines zivilen Ersatzdienstes, die Reform der lokalen und regionalen Verwaltung und die Verbesserung der Ausbildung von Polizisten, Richtern und Staatsanwälten.

(PM der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 22.6.04; H, FR und NZZ, 23.6.04)

## Das Kopftuchverbot

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat das Kopftuch-Verbot an türkischen Universitäten für zulässig erklärt. Die Hochschul-Vorschriften, mit denen das Tragen eines Kopftuches untersagt wird, verstießen nicht gegen das Recht auf Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit, entschieden die Straßburger Richter am 29. Juni 2004. Das Verbot diene legitimen Zielen wie dem Schutz von Rechten und Freiheiten Dritter sowie dem Schutz der öffentlichen Ordnung. Damit wies das Straßburger Gericht die Beschwerde einer türkischen Studentin ab. Ihr war die Teilnahme an einer Prüfung verweigert worden, weil sie ein islamisches Kopftuch trug. Der Menschenrechtsgerichtshof schloss sich der Argumentation der Türkei an, wonach das Prinzip der Trennung von Staat und Religion zum Schutz der Demokratie notwendig sei. Dieser Grundsatz der Säkularität liege dem von den Universitäten angeordneten Verbot des Tragens religiöser Symbole zu Grunde, so die Straßburger Richter. Die Ansicht der zuständigen Behörden sei nachvollziehbar, dass das Tragen des islamischen Kopftuchs den an den Universität gelehrt und praktizierten Werten Pluralismus, Achtung der Rechte Dritter und Gleichheit von Frauen und Männern zuwiderlaufe. Die Richter hoben hervor, diese Regelungen seien auch dann gerechtfertigt, wenn andere Universitäten die Kleidervorschriften nicht so streng gehandhabt hätten.

Weiterführende Infos unter:

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Islam/Welcome.html> und [info@tuerkeiforum.net](mailto:info@tuerkeiforum.net)

(H, 30.6.04; FR und NZZ, 1.7.04; Berliner Zeitung, 30.6.04)

## Verfahren gegen Lehrgewerkschaft wegen Muttersprache

Der Gouverneur in Ankara hat beim Arbeitsgericht einen Antrage gestellt, die Lehrgewerkschaft (Egitim-Sen) zu verbieten. Als Grund wurde der Artikel 2 in der Satzung genannt, in dem das Recht auf Erziehung in der Muttersprache gefordert wird. Die Organisation, die rund 100.000 Lehrer vertritt, soll verboten werden.

Dr. Eva-Maria Stange, Vorsitzende der GEW, schrieb am 7. Juli 2004 an den Staatspräsidenten Sezer, um Egitim-Sen beizustehen. In ihrem Brief ist es zu lesen: „Die GEW, die deutsche Bildungsgewerkschaft und enger Partner von Egitim-Sen seit deren Gründung 1995, hat erfahren, dass der Generalstaatsanwalt in Ankara am 10. Juni 2004 ein Verfahren gegen Egitim-Sen eingeleitet

hat Scheinbar wird beabsichtigt, die Gewerkschaft zu verbieten, da sich Egitim-Sen für das Recht aller türkischer Bürger auf muttersprachliche Bildung und Erziehung eingesetzt hat.

Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als die türkische Regierung im Hinblick auf den Beitritt zur Europäischen Union in einen Diskurs zur Demokratisierung eingetreten ist und in diesem Zusammenhang die Forderung der Europäischen Union akzeptiert hat, Bildung und Radioprogramme in Muttersprachen zu gestatten. Aus diesem Grund scheint dieses Verfahren politisch motiviert und nicht juristisch begründet, und der Grund ist offensichtlich, Egitim-Sen als demokratische Gewerkschaft zu bekämpfen, die sich für die fundamentalen Menschenrechte und die weitere Demokratisierung der Türkei auf dem Weg zur Europäischen Union einsetzt. Sehr geehrter Herr Präsident, das Verfahren gegen Egitim-Sen muss sofort eingestellt werden.“

(Özgür Gündem, 1.7.04; FR, 15.7.04)

## Erneut Dörfer entvölkert

Nachdem im Juli 2001 die Dörfer Asat und Ortakli im Kreis Beytüşebap (Sirnak) entvölkert wurden, wurde nun das Dorf Ilicak im gleichen Kreis evakuiert. Der IHD Menschenrechtsverein Diyarbakir gab die Entvölkerung durch eine Pressemitteilung am 14. August 2004 bekannt. „Bewohner des Dorfes haben sich mit Telefon und Faxen an unseren Verein gewandt und mitgeteilt, dass der Kommandant der Gendarmerie sie Ende Juli aufgefordert habe, 30-40 Häuser auf einer Seite des Flussbettes zu räumen. Da sie nicht genügend Zelte hätten, lebten sie in Baracken und im Freien, was zu gesundheitlichen Problemen geführt habe. Nach einer Minenexplosion seien aus dem Dorf Sinan Abi, Kerem Abi, Resit Temel, Salih Temel und Dervis Temel festgenommen worden ... In einem Telefonat bestätigte der Bürgermeister von Beytüşebap, Faik Dursun, dass ein Teil der Bewohner aus dem Dorf Ilicak im Freien und in Baracken lebten ... Eine Delegation bestehend aus den Vertretern des Menschenrechtsvereins IHD, der Anwaltschaft und der Demokratischen Plattform haben die erhobenen Vorwürfe untersucht und bestätigt, dass das Dorf von türkischen Soldaten entvölkert wurde.“

(PM, IHD Diyarbakir, 14.8.04; ÖP, 15.8.04; ÖP, 20.8.04)

## Kurden in Kusadasi unerwünscht

Erol Dürücü (23) und Bilal Salo (30) haben den Vorwurf erhoben, dass Polizisten im Touristenort Kusadasi (Provinz Aydin) Personen verprügelten, weil sie Kurden sind. Bilal Salo berichtete, dass er mit seinem Freund auf dem Weg zurück ins Hotel war, als sie am 23. Juni gegen 3 Uhr in der Frühe von Polizisten angehalten wurden. „Wir wollten gerade Obst kaufen. Ich war im Auto geblieben, als ein Polizeiauto neben mir hielt. Ein Polizist verlangte nach meinem Ausweis und der andere wollte wissen, wo ich herkomme. Als ich sagte, dass ich aus Diyarbakir komme, behauptete er sofort, dass wir entweder Diebe oder PKK 'ler seien und schlug mir mit dem Sprechfunkgerät auf die Augen. Erst schlugen sie uns auf

der Strasse zusammen und dann brachten sie uns zum Polizeipräsidium. Dort wurden wir von ca. 30 Polizisten angegriffen. Ich verlor das Bewusstsein und bin in der Zelle wieder aufgewacht.“ Am nächsten Tag wurden die zwei Männer zum Staatskrankenhaus in Söke gebracht. Bei Bilal Salo wurde eine Blutung am Auge festgestellt. Erol Dürücü fügte hinzu, dass er seinem Freund zu Hilfe kommen wollte und deshalb selber geschlagen wurde.

Ibrahim Sil, der in einem Kiosk in Kusadasi arbeitet, berichtete, dass er von zwei Polizeibeamten verprügelt wurde, als er am 24. Juni Musik von Ahmet Kaya hörte. „Es war gegen 5 Uhr morgens, als zwei zivil gekleidete Beamte zu mir kamen und mich aufforderten, die Musik abzustellen. Der Beamte mit Namen Murat versuchte, mir die Kassette zu entwenden. Als ich ihm sagte, dass ich sie nur ausgeliehen habe und ihm nicht geben könne, schlug er mich mit dem Sprechfunkgerät ins Gesicht. Dabei brach ein Zahn. Als ich zu Boden fiel, gab mir der andere Beamte noch einen Fausthieb. Sie zwangen mich, mit zur Wache zu kommen. Als ich sagte, dass ich mich über sie beschweren werde, drohten sie mir, meinen Kiosk dicht zu machen.“ Der Anwalt Fuat Aldemir sagte, dass Ibrahim Sil ein Attest über 20 Tage Arbeitsunfähigkeit erhielt.

Wenn sich Polizeibeamte in einem Touristenhochburg wie Kusadasi mit Ihren „Landmenschen“ anderer Herkunft so umgehen, kann man von nationalistisch-rassistisch gesinnten Jugendlichen nicht viel erwarten.

(M, ÖP, 26.6.04, M, 28.6.04)

## Minenexplosionen

Es geht fast kein Tag vorbei, ohne dass einige Minen hochgehen und das Leben vieler Menschen zerstören. Verlorene Augen, zerrissene Beine oder abgerissene Arme sind die Ergebnisse der Explosionen von Minen, die noch im Boden vergraben liegen. Durch eine Minenexplosion wurden 3 Menschen verletzt. Die am 28. Juni in der Nähe des Dorfes Sariyildiz im Kreis Yüksekova (Hakkari) liegende Mine explodierte etwa 200 Meter entfernt von einer Gendarmeriestation. Die Soldaten hatten den Dorfbewohnern zuvor versichert, dass die Felder nicht vermint seien.

Die „Initiative für eine Minenlose Türkei“ hat in Diyarbakir einen Bericht der Öffentlichkeit vorgestellt. Ihm zufolge kamen in den letzten 6 Monaten 20 Personen bei Explosionen von Minen und unbeaufsichtigter Munition ums Leben und 40 Personen wurden verstümmelt. Unter den Toten waren 12 Soldaten, 4 Zivilisten und 4 Kinder. Nachdem die Türkei die Ottawa Deklaration im Jahre 2003 unterzeichnet hat, wird sie bis 2008 alle vorrätigen Minen vernichten und bis 2014 alle verlegten Landminen entfernen müssen. In der Türkei sollen 900.094 Minen verlegt sein, 615.419 davon an der syrischen Grenze. In den Jahren 1989 bis 1992 wurden um militärische Anlagen in den kurdischen Gebieten weitere 39.569 Minen verlegt.

(Özgür Gündem, 2.7.04; ÖP, Bia, 28.7.04)

## Gefängnisse sind wieder überfüllt

Das Statistikamt hat Zahlen zur Belegung der Gefängnisse herausgegeben. Im Jahre 1986 waren 52.313 Personen in Haft. Diese Zahl stieg bis zum Jahre 2000 auf 67.500 an, bevor durch eine „Amnestie“ 18.000 Personen aus der Haft entlassen wurden. Bis zum 1. Juni 2003 war die Zahl der Gefangenen aber wieder auf 63.803 angestiegen. Derzeit befinden sich etwa 7000 politische Gefangene in den türkischen Gefängnissen.

(Radikal, 29.7.04)

## Bilanz von Mazlum-Der

Der Menschenrechtsverein Mazlum-Der hat Anfang August seine Statistik über die ersten 6 Monate des Jahres 2004 herausgegeben. Aufgrund der erneuten Gefechte im (ehemaligen) Gebiet unter Ausnahmezustand sei bei der Verletzung des Rechts auf Leben ein drastischer Anstieg verzeichnet worden. Es habe 162 mysteriöse Tode und Morde durch unerkannte Täter gegeben. 23 Menschen seien durch extra-legale Hinrichtung oder Folter umgekommen und bei bewaffneten Auseinandersetzungen gab es 123 Opfer. Bei Aktionen gegen Zivilisten, zu denen auch Minenexplosionen gezählt wurden, seien 26 Menschen umgekommen und 93 Personen wurden verletzt. Des Weiteren wurden verzeichnet: 205 Foltervorwürfe, 2 Tote in Polizeihaft, 17 Tote in den Gefängnissen (Selbstmorde und Todesfasten eingeschlossen), 3 Fälle von Entvölkerung von Dörfern. Bei geforderten Strafen von mehr als 1.000 Jahren für Meinungsdelikte wurden 6 Jahre Strafe verhängt. Die Geldstrafen betragen ca. 390 Milliarden TL (über 200.000 Euro), 3 Zeitungen und 1 Fernsehsender wurden Publikationsverbote von 71 Tagen auferlegt, von Maßnahmen gegen die Religionsfreiheit waren 4 BeamtenInnen und 20 StudentInnen betroffen, die Türkei wurde in den 6 Monaten zur Zahlung von knapp 3 Millionen Euro als Entschädigung aufgrund von Entscheidungen des EMRG verurteilt.

(Bia vom 5.8.04; Infopost des DTF, info@tuerkeiforum.net)

## Rehabilitationszentren der Menschenrechtsstiftung (TIHV)

Die Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) betreibt Rehabilitationszentren in fünf Städten der Türkei (in Adana, Ankara, Diyarbakir, Istanbul und Izmir) für die kostenlose Behandlung von physischen und psychischen Problemen, die durch Folter oder grausame, erniedrigende und unmenschliche Behandlung oder Strafe verursacht werden. Die TIHV machte für das Jahr 2003 eine Auswertung der Fakten, die sich aus den Anträgen für eine solche Behandlung ergeben.

Seit der Gründung der TIHV im Jahre 1990 bis Ende 2003 wurden in den Zentren insgesamt 8.834 Menschen behandelt. Im Jahre 2002 wandten sich 965 Personen an die Zentren, von ihnen waren 365 im selben Jahr gefoltert oder misshandelt worden. Im Jahr 2003 lag die Zahl der Anträge bei 925, davon waren 340 im selben Jahr gefoltert worden. Unter den Antragstellern waren 25 % Frauen und 7,4 % Minderjährige. (...)

Unter den 925 Antragstellern im Jahre 2003 waren 337, die aus dem Gefängnis entlassen worden waren. Die meisten von ihnen waren im Zusammenhang mit der Kurdenfrage verhaftet worden und hatten an die 10 Jahre in Haft verbracht. Da noch viele Gefangene aus den 90er Jahren in Haft sind, erwartet die TIHV eine größere Zahl von Antragstellern aus diesem Spektrum in den nächsten 3–5 Jahren.

In den 14 Jahren, die die TIHV mit der Behandlung von Folteropfern verbracht hat, wurde viel Wissen und Erfahrung gesammelt. Die Stiftung hat sich an vielen Fortbildungsmaßnahmen beteiligt und die medizinischen Berichte sind sowohl am Europäischen Menschenrechtsgerichtshof als auch an nationalen Gerichten, einschließlich dem Kassationsgerichtshof, anerkannt.

(Infopost des DTF, info@tuerkeiforum.net)

## Pressefreiheit im 2. Quartal 2004

Das Netzwerk für Medienfreiheit und unabhängigen Journalismus (kurz Bia2) hat einen Bericht über das 2. Quartal 2004 herausgegeben. Die Besonderheit in diesem Quartal war der Beginn von Sendungen in Bosnisch, Arabisch, Tscherkesisch, Kurmanc und Zaza im Fernsehen und Radio des staatlichen Senders TRT. Zu erwähnen sind auch die Änderungen am Pressegesetz und die Aufhebung der Staatssicherheitsgerichte. Auffallend ist der Rückgang der Strafen, die vom Hohen Rat für Radio und Fernsehen (RTÜK) ausgesprochen wurden. Während im 1. Quartal Strafen über insgesamt 120 Tagen Sendeverbot ausgesprochen wurden, gab es im 2. Quartal kein Sendeverbot. Im 1. Quartal wurden 21 Programme abgesetzt, im 2. Quartal waren es 5. Dafür steigerten sich die Verwarnungen von 39 im 1. Quartal auf 61 im 2. Quartal.

Im 2. Quartal mussten 23 Journalisten vor Gericht erscheinen. Von ihnen waren 9 nach § 159 TSG (Beleidigung) angeklagt und 5 nach § 312 TSG (Aufhetzung zum Rassenhass). Zwei der Verfahren nach § 159 TSG endeten in Freispruch; von den Verfahren nach § 312 TSG endeten zwei in Schuldspruch.

Gegen 8 Zeitungen wurden 6 Verfahren auf Entschädigung eröffnet. Insgesamt 5 Journalisten von den Zeitungen „Vakit“ und „Mus Haber“ wurden „Strafen“ von insgesamt 670 Milliarden TL (ca. 370.000 Euro) an Entschädigung auferlegt. Das Verfahren auf Entschädigung gegen die Wochenzeitschrift „Sehriyan“ endete mit Freispruch.

Der Journalist Hakan Albayrak von der „Milli Gazete“ befindet sich noch in Haft. Mahir Zengin, der Chefredakteur von „Devrimci Demokrasi“ wurde aus dem E-Typ Gefängnis in Kartal entlassen, nachdem er eine Geldstrafe bezahlt hatte.

In den 3 Monaten des 2. Quartals wurden 2 Journalisten attackiert. 25 Personen von der Nachrichtenagentur DIHA und der Zeitschrift „Özgür Halk“ wurden festgenommen. Unter ihnen blieben Ugur Balik und Baris Güllü zwei Tage in U-Haft. Vor der NATO-Konferenz wurden 8 Mitarbeiter bei TRT in Istanbul in Polizeihaft genommen. Der Reporter Mehmet Demir wurde für einen Monat nach Erzurum strafversetzt.

(Bia, 8.7.04; Infopost des DTF, info@tuerkeiforum.net)

## Vertreibungen in der Türkei verurteilt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 29. Juni 2004 in Straßburg entschieden, dass die Türkei mit der Vertreibung von kurdischen Bürgern aus ihren Siedlungen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen hat. Im Kampf gegen die Arbeiterpartei Kurdistan PKK hatte die Regierung aus „Sicherheitsgründen“ über 3.500 Dörfer zerstört und ihre Anwohner vertrieben.

Fünfzehn Kläger aus Boydas bekamen nun Recht. 1.500 ähnliche Verfahren gegen die Türkei sind noch in Straßburg anhängig; sie machen etwa ein Viertel aller Beschwerden gegen das Land aus. Die Straßburger Richter entschieden, die Türkei habe die Eigentumsrechte der Kläger ebenso wie deren Recht auf Schutz des Familienlebens verletzt. Trotz mehrerer Anfragen sei es den Klägern jahrelang verwehrt worden, in ihre Heimat zurück zu kehren. Zwar habe die Türkei das Recht gehabt, im Kampf gegen die PKK außergewöhnliche Mittel einzusetzen, um die Sicherheit in der Region aufrechtzuerhalten. Doch sei das kein Grund, die Betroffenen jahrelang daran zu hindern, ihr Eigentum zu nutzen. Sie hätten in extremer Armut leben müssen. Der türkische Staat habe die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, dass die Betroffenen in Sicherheit und Würde hätten zurückkehren oder sich an einem anderen Ort niederlassen können. Sie hätten keine Mittel gehabt, um sich gegen die staatlichen Maßnahmen zu wehren. Den Vertriebenen sei somit eine große Last auferlegt worden, die nicht durch das allgemeine Interesse gerechtfertigt werden könne.

(SZ, FAZ, 30.6.04)

## Kommunale Verwaltungsreform abgeblockt

Die von der AKP geführte türkische Regierung wollte eine Kommunale Verwaltungsreform durch Gesetz festlegen. Das Gesetz passierte das Parlament, wurde aber vom Staatspräsidenten Sezer wieder ans Parlament zurückgewiesen. Mit dem Gesetz sollten einige Kompetenzen der Zentralregierung an die Kommunen delegiert werden. Obwohl das vorgeschlagene Gesetz weit entfernt ist, den türkischen Einheitsstaat in Kantone oder Bundesländer aufzuteilen, machten alle anderen Parteien und viele Kemalisten in Zivil und Uniform gegen das Vorhaben der Regierung mobil.

Noch muss man wegen jeder Kleinigkeit Ankara um Erlaubnis bitten. Sie möchten z.B. ein Hilfsprojekt zugunsten der Vertriebenen oder der Armen durchführen, oder es ist eine Naturkatastrophe, ein Erdbeben, und Sie möchten schnell helfen, oder Sie haben vor, dem Roten Halbmond oder einem Verein der Menschen mit Behinderung in der Stadt XY Geld spenden, dann müssen sie erst den Gouverneur der Stadt um Erlaubnis bitten. Dieser fragt beim zuständigen Minister und zugleich auch beim Innenministerium in Ankara wegen Sicher-

heitsbedenken nach. Wenn Sie im Ausland leben, schalten diese Ministerien das türkische Außenministerium ein. Dieses holt Informationen von der betreffenden türkischen Botschaft in dem Land, in dem Sie leben, ein. Wenn Sie Glück haben, erhalten Sie eine Nachricht. Bis ein Entscheid da ist, vergehen öfters Monate. Selbst für einen privaten Sprachkurs müssen Sie auf jeden Fall Ankara einschalten.

Diese Verwaltungsreform ist keine Vorgabe der EU. Doch die Regierung warb auch gegenüber ausländischen Politikern mit ihren Reformen. Das kommunale Reformpaket wird nun erst im Dezember wieder aufgegriffen werden. Ändert das Parlament die Vorlage nicht, bleibt Sezer die Anrufung des Verfassungsgerichtes oder ein Volksentscheid.

(Die Presse | Wien, 13.8.04)

## Spezielle Landgerichte

Die Staatssicherheitsgerichte (DGM/SSG) wurden nach dem französischen Vorbild aus dem Jahre 1963 (unter Charles De Gaulle) eingerichtet. In Frankreich wurden diese Gerichte unter François Mitterand im Jahre 1981 abgeschafft. In der Türkei kamen die SSG mit einer Änderung der Verfassung von 1961 am 15. März 1973 und dem Gesetz 1699 auf die Tagesordnung. Der Artikel 136 der Verfassung wurde um die Einrichtung von SSG erweitert. Schon im Jahre 1974 legte der Oberstaatsanwalt am SSG Diyarbakir Einspruch gegen die Beteiligung von Militärrichtern und Militärstaatsanwälten an diesen Gerichten ein, weil diese durch die Hierarchie im Militär bestimmt wurden. Das Verfassungsgericht entschied am 6. Mai 1975, dass das Sondergesetz zur Einrichtung von SSG (Gesetz Nr. 1773) nicht verfassungskonform sei, weil im Senat ohne Aussprache direkt darüber abgestimmt wurde. Süleyman Demirel und Necmettin Erbakan, die eine Regierung der Nationalistischen Front gegründet hatten, versuchten das Gesetz erneut durchzusetzen, trafen aber auf unterschiedlichen Widerstand, der von der Gewerkschaftskonföderation DISK angeführt wurde. Der September 1976 sah eine Reihe von Demonstrationen und auch Streiks gegen das Gesetz, das schließlich im Oktober 1976 zurückgezogen wurde. Vier Jahre nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 kamen die SSG wieder auf die Tagesordnung und zwar mit dem Gesetz Nr. 2845. Die Verfassung von 1982 verbot es, das Gesetz als verfassungswidrig anzugreifen. Es bedurfte der Anerkennung der Rechtssprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes (EMRG), um die Unabhängigkeit der SSG in Frage zu stellen. Bahnbrechend war dabei das Verfahren des Anwaltes Ibrahim Incal. Im Jahre 1992 hatte die Volkspartei der Arbeit (HEP) in Izmir Flugblätter hergestellt, die vom SSG Izmir als Straftat bewertet wurden. Der Vorstand der HEP wurde zu 6 Monaten und 20 Tagen Haft verurteilt. Als Mitglied des Vorstandes ging Ibrahim Incal vor den EMRG. Hier wurde darauf erkannt, dass in dem Flugblatt keine Straftat zu sehen sei und die Beteiligung eines Militärrichters am SSG als negativer Einfluss auf die Unparteilichkeit des Gerichtes gewertet. Aber erst nachdem im Verfahren von Abdullah Öcalan der EMRG eine Verletzung des Rechts auf ein faires

Gerichtsverfahren sah, wurde durch eine Änderung im Gesetz die Beteiligung von Angehörigen des Militärs an den SSG beseitigt. Nach Angaben des Justizministeriums wurden zwischen 1986 und 2002 insgesamt 214.885 Personen vor den SSG angeklagt. Von ihnen wurden 82.095 Personen verurteilt, 82.465 Personen freigesprochen. In den anderen Fällen wurde auf Nichtzuständigkeit erkannt und die Verfahren wurden an andere Gerichte verwiesen.

Das Parlament hat am 16.06.2004 das Gesetz 5190 verabschiedet. Mit diesem Gesetz wurden Änderungen an der Strafprozessordnung (CMUK) gemacht und die Staatssicherheitsgerichte (DGM/SSG) abgeschafft. Der Artikel 394 CMUK erhielt den Zusatz, dass der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte bestimmt, welche Art von Landgerichten (Gerichte, die Zuchthausstrafen erlassen) an die Stelle der SSG treten werden und für welche Gebiete sie zuständig sein sollen. Nun hat der Hohe Rat von Richtern und Staatsanwälten die Einrichtung von 18 Kammern an besonderen Landgerichten in 8 Provinzen der Türkei beschlossen. Sie sollen an die Stelle der Staatssicherheitsgerichte, die kürzlich aufgelöst wurden, treten. Die Zuständigkeit der Gerichte für die einzelnen Provinzen wurde wie folgt festgelegt:

Diyarbakir: Diyarbakir, Batman, Bingöl, Mardin, Siirt, Sirtak, Sanliurfa.

Erzurum: Erzurum, Agri, Ardahan, Artvin, Bayburt, Erzincan, Giresun, Gümüşhane, Iğdir, Kars, Ordu, Rize, Sivas, Trabzon.

Malatya: Malatya, Adiyaman, Elazığ, Maras, Tunceli.  
Van: Van, Bitlis, Hakkari, Mus.

Die alten SSG waren u.a. für Vergehen zuständig, die zur Ausrufung von einem Ausnahmezustand führten. Das wird bei den neuen Gerichten ebenso sein. Natürlich sind die neuen Gerichte auch für alle Vergehen nach dem Anti-Terror Gesetz (3713) und dem Gesetz zur Bekämpfung von kriminellen Vereinigungen (4422) zuständig. Genau wie bei den SSG werden die neuen Gerichte im Falle von Kriegsrecht die Aufgaben von Militärgerichten übernehmen. Die unternommenen Schritte zeigen keine Tendenz, durch die Abschaffung der SSG europäische Normen einzuführen. Die rechtliche Grundlage und Logik hinter der Gründung der SSG wurde nicht angetastet und es wurde lediglich der Name der Sondergerichte geändert. Die speziellen Landgerichte sind im Prinzip nichts anderes als die alten SSG.

(R, 27.5.04; Bia vom 21.6.04; Birgün, 22.6.04; Özgür Gündem, 3.7.04; ÖP, 9.7.04; DTF, info@tuerkeiforum.net)

## Der Kommentar

# Die kurdische Tragödie

Nimmt denn die Tragödie niemals ein Ende! Das kurdische Volk wurde nach dem ersten Weltkrieg von den Kolonialmächten zerstückelt. Ein Stück ging an die Türkei, andere – Irak, Iran und Syrien – bekommen ebenfalls ihre Anteile. Unverantwortliche Kolonialpolitik geleitet von materiellen Interessen stößt damit ein großes Volk in jahrzehntelange Konflikte.

Im zweiten Akt wurden die Kurden für die Gründung des Nationalstaates Türkei als Kämpfer benötigt. Kemal Atatürk nannte sie „Brudervolk“. Gleichberechtigt wolle man den neuen Staat aufbauen. Doch kaum waren die Gegner bezwungen und die internationalen Verträge über die Grenzen ausgehandelt, wurde die Zusage vergessen. Ein guter Kurde war nur noch der, der seine Identität aufgab und ein guter Türke wurde. Zwangsassimilierung stand auf der Tagesordnung. Aufstände waren vorprogrammiert. Rebellion und Repression waren in gleichem Maße gewaltsam. Eine Eskalation des Konflikts war unausweichlich. Sie setzte sich fort bis zu den Kämpfen der PKK „in den Bergen“.

Ging es zunächst noch darum als Brudervolk anerkannt zu werden, so verstärkte sich im Laufe des Konfliktes immer mehr die Forderungen nach einem eigenen Nationalstaat der Kurden. Der Kampf bekam eine deutlich separatistische Tendenz. Dies fiel in eine Zeit, in der in EU-Europa durch Integration und Globalisierung der Nationalismus zurück gedrängt und die Macht des Nationalstaates relativiert wurde. Der Kampf wurde zu einer anachronistischen Tragödie. Die türkische und die kurdische Seite kannten nur harte Konfrontation. Verständigung und Aussöhnung blieben Fremdwörter zwischen den Kontrahenten. Das internationale Umfeld tat nichts Bedeutendes um den Konflikt zu deeskalieren. Vielmehr stellten sich die starken westlichen Mächte auf die Seite Ankaras und erklärten die kurdischen Aufständischen zu Terroristen.

Im dritten Akt der Tragödie geschah ein Wunder. Druck auf Syrien durch die Türkei zwang den PKK-Chef Abdullah Öcalan, sein Refugium zu verlassen. Er wurde von Geheimdiensten gejagt, völkerrechtswidrig gekidnappt und in die Türkei verschleppt. Zum Tode verurteilt im Gefängnis auf Imrali schwenkte der autoritäre PKK-Führer um und setzte bei seinen Anhängern einen einseitigen Waffenstillstand durch. Große Teile der Guerilla zogen sich aus dem Kampfgebiet nach Nordirak zurück. Die kurdische Frage sollte im Rahmen der Türkei mit friedlichen und demokratischen Mitteln gelöst werden. Das war, wie immer man Öcalan und seine Motive beurteilen mag, ein großer, friedenspolitisch wichtiger Schritt. Man mußte nur antworten, möglicherweise auch durch einseitige Schritte von Ankara aus Signale geben, um Deeskalation zu erreichen, Vertrauen zu schaffen und um die dann gemeinsame Orientierung auf eine friedliche politische Lösung zu festigen.

Doch Ankara und seine internationalen Freunde antworteten nicht. Waren sie nicht die Sieger?! Konnten sie nicht nun erst recht ihren Kurs der Zwangsassimilierung erfolgreich fortsetzen? Das alte kemalistische Denken in Feindbildern und Konfrontation wurde nicht durchbrochen. Als die PKK aus den Bergen und aus Europa jeweils eine Gruppe von Anhängern als Botschafter friedlicher Absichten schickte, die sich freiwillig stellten und Waffen ablieferten, wurden sie von der türkischen Regierung ins Gefängnis gesperrt. Ankara blockierte eine friedliche Lösung in der Pose des militärischen und geheimdienstlichen Siegers.

Im vierten Akt erlebt die türkische Seite, bislang dominiert vom Militär, einen radikalen Umschwung. Die alten etablierten und meist korrupten Parteien und ihre Kader wurden fast vollständig abgewählt. Sie scheiterten

an der 10% Hürde, die sie selbst aufgebaut hatten, um sich vor Konkurrenz zu schützen. Die islamische fundierte AKP-Partei gewann haushoch, verschaffte sich eine 2/3 Mehrheit im türkischen Parlament und steuerte seitdem zur Überraschung vieler im Westen einen eindeutigen Kurs hin zur Aufnahme der Türkei in die EU – also ein fast kemalistisches Modernisierungsprojekt. Dabei spielte der Westen und insbesondere Deutschland mit. Der in der Brüsseler Kommission zuständige Günter Verheugen war ein kompetenter und strenger Vermittler für die EU-Erweiterung. Doch die kurdische Frage mochte auch er nicht offen anpacken. Die Frage war zu heiß. Auch die neue AKP-Erdogan-Regierung in Ankara wagt sich nur vorsichtig daran. Amnestien griffen zu kurz, die Rückkehr der kurdischen Vertriebenen wurde nur dürftig ermöglicht, politische Gefangene sitzen bis heute weiter ein, die kulturellen und sozialen Rechte der Kurden blieben bei den Reformen weitgehend unberücksichtigt, Repression und immer wieder Folter sind auch gegenwärtig zu verzeichnen und ein Dialog zwischen beiden Seiten wurde nicht eröffnet. Auch eine Strategie Ankaras der einseitigen Schritte war nicht erkennbar, obwohl die Regierung das Tabu, Kurdisches zu erwähnen, durchbrach. Dazu kommt, dass die alten konservativen, kemalistischen Eliten in den Bürokratien, im Militär und in den Institutionen, die Reformpolitik Ankaras blockieren, wo immer sie können. Als im Dezember 2002 eine Menschenrechtsdelegation des Dialog-Kreises von Erdogan empfangen wird und unerwartet ein Memorandum zur Kurdenfrage überreicht, wird sie von den Medien, trotz ausführlicher Interviews, ignoriert. Medial war sie einfach nicht da gewesen. So heiß war noch immer die Kurdenfrage.

Der fünfte, der vorerst letzte Akt der Tragödie war voraussehbar. Vielen der kurdischen Aktivisten geht die Geduld aus. Die Politik der friedlichen, politischen Lösung findet keine Unterstützung, weder in der inländischen noch in der ausländischen Politik. Man müsse sich wieder gegen die Angriffe der türkischen Militär- und Polizeikräfte wehren. Andere drohen gar, als hätten sie die lauten Signale des weltpolitischen Kampfes gegen den „Terrorismus“ nicht wahrgenommen, mit terroristischen Anschlägen im ganzen Land. Bombenanschläge im Lande, von wem auch immer verübt, werden nun gerne den Kurden angelastet, hilft es doch den alt-kemalistischen Kräften ihre These zu belegen, es handle sich nicht um kurdische Freiheitskämpfer, sondern um Terroristen. Die Extremisten auf beiden Seiten arbeiten sich in die Hände.

In diesem Akt gibt es jedoch auch die Kräfte, die Krieg und Gewalt satt und die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, dass eine friedliche Lösung möglich werden könne. Die Kräfte um die PKK/KONGRA-GEL spalten sich, jeweils angeführt von einem der Öcalan Brüder. Der alte Chef Abdullah wendet sich wieder den Militanten zu, der Bruder trommelt für eine friedliche Lösung. Wie in einer Tragödie üblich, entbrennt nun der Bruderkampf mit gegenseitiger Diffamierung und Bedrohung. Der Vorwurf des Verrats fliegt über die neuen Konfliktgrenzen und man kann nicht ausschließen, dass die Flügelkämpfe sich bei dem strukturell grundsätzlichen Widerpart in Ankara um Unterstützung bemühen werden. Dies wiederum würde den Intriganten und

Geheimdienstlern Tor und Tür öffnen, ohne dass die notwendige Aussöhnung zugunsten von Türken und Kurden näher käme.

Ich scheue mich deshalb nicht, immer und immer wieder und bei jeder Gelegenheit zu fordern, endlich müsse die EU wie auch die Bundesregierung deutlich Flagge zeigen und wiederhole das Motto unseres Appells: „Wer über den EU-Beitritt der Türkei spricht, darf zur Kurdenfrage nicht schweigen.“

*Andreas Buro*

## Die Gewalt eskaliert

Es ist wieder so weit, dass die Gewalt eskaliert und in den kurdischen Gebieten wieder Oberhand gewinnt. In letzter Zeit finden überall in Kurdistan massive Operationen der türkischen Armee und blutige Gefechte mit den Kämpfern der PKK/Kongra Gel statt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht mehrere Menschen auf beiden Seiten ermordet werden.

Auch ein Krieg hat Regeln. Zu den Regeln eines Krieges gehören z.B. nicht, dass man die Ohren und Nasen, sogar den Kopf der getöteten Menschen abschneidet. Aber genau dies geschieht z. Z in Kurdistan. Türkische Soldaten haben in Dersim die Ohren der getöteten kurdischen Guerillas abgeschnitten und einen getöteten Kurden geköpft. Auch in Sirnak geschah ähnliches. Bei einem Gefecht zwischen türkischem Militär und den Volksverteidigungskräften HPG kam bei Sirnak das HPG-Mitglied R. Reso ums Leben. Seine Leiche wurde durch Abschneiden der Ohren verstümmelt.

Vom 28. Juli bis zum 5. August, haben türkische Truppen die Hevsel Gärten im Stadtteil Mardinkapi von Diyarbakir umzingelt. Ausgangspunkt war ein Angriff, bei dem ein Nachtwächter getötet und zwei Polizisten verletzt wurden. Nach einer Woche Belagerung wurden in Hevsel Gärten zwei Kämpfer der Volksverteidigungskräfte (HPG) mit den Namen Mehmet Sait Özgün (aus Mardin) und Mehmet Kizil (aus Diyarbakir) getötet. Die Bewohner des Stadtteil durften eine Woche lang ihre Häuser nicht verlassen. Auch der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Beydemir, und der Vorsitzende der Anwaltskammer, Sezgin Tanrikulu, wurden an den Polizeisperren zurückgewiesen.

Der Oberkommandierende der Volksverteidigungskräfte HPG, Feyman Huseyin wandte sich Anfang August an die Führung in Ankara und erklärte, wenn man den Krieg nicht eskalieren wolle, müssten die militärischen Operationen aufhören. In den vergangenen sechs Jahren hätten die Angriffe gegen die Guerilla und das Volk keineswegs abgenommen. Der Staat habe seit 1998 700 Operationen durchgeführt, dabei sind annähernd 500 Mitglieder der Guerilla gefallen. „Die Regierung hat in der letzten Zeit eine Spaltungspolitik gegen uns geführt. Die Absicht war uns vom Volk und dem Vorsitzenden zu entfernen. Daher ist unsere Politik unsere Absicht, für den Frieden und den Waffenstillstand bedeutungslos geworden und unser Waffenstillstand beendet worden. Alle Operationen beantworten wir auf der Basis der legitimen Verteidigung. Die legitime Selbstverteidigung

ist ein internationales Recht. Sie ist kein Wunsch nach Krieg. Für einen bleibenden Frieden ist es notwendig, dass es einen zweiseitigen Waffenstillstand gibt. (...) Wenn eine Politik der Vernichtung und Verleugnung gegen uns geführt wird, wird die HPG Widerstand leisten. Wir haben keine Zivilisten zum Ziel.“

Huseyin äußerte sich auch zu dem Abschneiden von Ohren und Köpfen von Mitgliedern der Guerilla, die ihr Leben verloren haben: „Die türkische Armee verletzt Kriegsrecht,(...) Die Intellektuellen der Türkei und das Umfeld der Demokraten sollte darauf heftig reagieren. Aber Stimmen wie „wir wollen keinen Krieg“ sind immer noch wenige. Z.B. gab es gerade tagelange Operationen in Diyarbakir. Das gesamte Leben in der Region war gelähmt. Wenn die Intellektuellen das nicht sehen, und die HPG für die Ereignisse verantwortlich machen, ist dies ein großes Unrecht. Um so etwas zu verhindern, muss man sich einmischen und die Forderungen nach der Lösung und dem Waffenstillstand zu Gehör bringen.“

(DIHA, Dicle Nachrichtenagentur, 6.7.04; ÖP, 7.7. und 5.8.04; Bia, 6.8.04; junge Welt, 7.8.04; Infopost des DTF, info@tuerkeiforum.net; Hezenparastine, August 2004, www.hezenparastine.com)

## Hetzkampagne gegen Baydemir, OBM Diyarbakir

Der Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Beydemir wollte gemeinsam mit Vertretern der NGOs den Stadtteil Hevsel besuchen, in dem die Operationen stattfanden und mit den Anwohnern sprechen. Dieser Wunsch wurde zurückgewiesen. Nach der Ermordung von einem kurdischen Jugendlichen Namens M. Sait Özgün hat Baydemir die Familie der Getöteten besucht. Dieser Besuch wurde von der türkischen Presse zu einer Hetzkampagne umgewandelt und der Oberbürgermeister Baydemir wurde Zielscheibe dieser hysterischen Kampagne. Baydemir habe die Familie eines Terroristen besucht, nicht aber die Angehörigen des zuvor getöteten Wachmanns, waren die Vorwürfe der türkischen Presse. Die Familie des Wachmanns erklärte, dass Baydemir auch sie besucht habe.

Der Bürgermeister wurde trotzdem am 10. August angeklagt, Terroristen zu unterstützen. Nach einer Meldung vom Milliyet vom 13. August habe die amerikanische Konsulin, Alicia Allison, Baydemir besucht. Dieser Besuch wird als Unterstützung des von allen Seiten angegriffen Baydemir interpretiert.

(ÖP, H, 10. und 11. 8.04; M, 13.8.04)

## Bombenanschläge in Istanbul und die Freiheitsfalken Kurdistans

In Istanbul detonierten am 10. August 2004 fast gleichzeitig in zwei Hotels Bomben. Zwei Personen kamen ums Leben. Weitere elf wurden zum Teil schwer verletzt. Die meisten Opfer waren Touristen. Ein paar Stunden später explodierten in einem Flüssiggasdepot am Stadtrand zwei weitere Sprengsätze, ohne grösseren Schaden anzurichten.

Der türkische Innenminister Abdülkadir Aksu sprach noch am gleichen Tag von einer „kurdischen Spur“. Die neue Bombenserie sei möglicherweise das Werk von Mitgliedern der PKK-Kongra-Gel, sagte Aksu. Die Führung dieser Organisation hat Anfang Juni ihren einseitigen fünfjährigen Waffenstillstand für beendet erklärt. Seither sind heftige bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und kurdischen Guerillas fast an der Tagesordnung. Eine zunehmende Vergiftung der politischen Atmosphäre ist spürbar; es gibt in den kurdischen Gebieten wieder Massenverhaftungen und Anklagen gegen kurdische Aktivisten.

Im Internet bekannten sich die islamistischen Abu-Hafs-al-Masri-Brigaden zu den Anschlägen. „Istanbul ist die Eröffnung des blutigen Krieges, den wir den Europäern versprechen“, hiess es in einer Erklärung, die auf einer islamistischen Website veröffentlicht wurde. Die Gruppe wird der Al Kaida zugerechnet.

Zu den Bombenanschlägen hat sich auch eine neue Organisation unter dem Namen „Freiheitsfalken Kurdistans“ bekannt. Sie übernahm unterdessen die Verantwortung für einige Attentate und Anschläge aus jüngster Zeit, wie z.B. zweiter Attentate auf den Gouverneur in Van. Sie rät allen Touristen, die Türkei zu verlassen. In einer Erklärung rief die Gruppe einheimische und ausländische Investoren, die vom Krieg gegen die Kurden profitieren, dazu auf, sich aus der Türkei zurückzuziehen und ihre Investitionen einzustellen.

Eine Anruferin, die sich als Aktivistin der »Freiheitsfalken Kurdistans« ausgab, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Mesopotamien MHA, die Anschläge seien die Vergeltung für die Exekution kurdischer Guerillakämpfer in den letzten Tagen.

(H, NZZ, ÖP, 11.8.04; ÖP, H, 12. und 13.8.04; taz, junge Welt, News.ch, 12.8.04; M, 13.8.04)

## Öcalan in der Rolle als Oberlehrer des „modernen“ Kemalismus

Der seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierte PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan gibt nach jedem wöchentlichen Anwaltsbesuch lange Erklärungen zu aktuellen Themen sowohl in der Türkei, als auch zu Weltgeschehnissen ab. Er erklärte sich darin auch vom Vorsitzenden einer Partei zum Führer des kurdischen Volkes nicht nur in Türkisch-Kurdistans, sondern insgesamt, also auch in anderen Teilen des kurdischen Siedlungsgebietes.

Öcalan leitet aus dem Gefängnis mit Hilfe seiner Anwälte die ganze Organisation, in der Türkei, in Kurdistans, im Irak und Iran und auch in Europa. Er gibt Anweisungen und Befehle, ordnet Disziplinarverfahren gegen jene Kader und Führungspersonal, die von seiner Linie abgewichen sind.

In letzter Zeit hat er sich besonders dem Kemalismus gewidmet. Er beschuldigt die Kemalisten, den Vater der Türken, Atatürk, nicht verstanden zu haben. Er beleidigt die Zehntausende kurdischer Opfer der Gewaltherrschaft

Atatürks mit dem Vorwurf, selbst Atatürk zu Gewaltanwendung provoziert zu haben.

Weder die islamische Regierungspartei AKP noch der „reaktionäre Kemalismus“ der Republikanischen Volkspartei CHP in der Türkei oder der Nationalismus eines Saddam Hussein wären in der Lage gewesen, die Rekolonisierung des Nahen Ostens zu verhindern. Eine Erneuerung des Kemalismus auf der Grundlage von Demokratie und Brüderlichkeit der Völker sei daher die Lösung, so Öcalan.

Er greift die kurdischen Organisationen in Irakisch-Kurdistan an und ruft die PKK/Kongra-Gel gegen Barzani und Talabani vorzugehen. Bei den letzten Anwaltsbesuchen zielte er auf die Abtrünnigen der eigenen Partei PKK/Kongra-Gel, an erster Stelle auf seinen Bruder Osman. Er verurteilte die Gruppe um seinen Bruder Osman Öcalan, die mit den kurdischen Parteien in Irakisch-Kurdistan kooperiert, als „Rechte“ und gekaufte „Kollaborateure“ und „niederträchtiger Verräter“. In den letzten Wochen haben Dutzende namhafte und langjährige Leitungsmitglieder die Organisation verlassen.

(www.nasname.com; junge Welt, 12.8.04; Zaman, 14.8.04; )

## Bruder Öcalan gründet eigene Partei

Die Gruppe um Osman Öcalan und den ehemaligen Europasprecher Kani Yilmaz, die sich in den letzten Wochen von der PKK getrennt hat, hat am 9. August erklärt, eine eigene Partei unter dem Namen „Partei der Demokratischen Patrioten / Patriotisch Demokratische Partei“ zu gründen. In der Absichtserklärung, die von 40 führenden Kadern und Kommandeuren der Guerilla unterschrieben ist, lehnen sie jede Art von Gewalt ab und bekennen sich zur friedlich-demokratischen Lösung der Kurdenfrage in der Türkei.

Mit Rückkehr zum bewaffneten Kampf bringe KONGRA-GEL „wieder Tod, Schmerz und Tränen“ über die Kurden und mache angesichts des laufenden Demokratisierungsprozesses in der Türkei die Aussichten auf eine Verbesserung ihrer Lage zunichte, erklärten die Initiatoren. Im Gegensatz zu PKK und Abdullah Öcalan schätzen sie die Errungenschaften der irakischen Kurden als historisch ein und unterstützen die föderale Lösung in Irakisch-Kurdistan. Die Reformansätze der AKP Regierung werden von ihnen unterstützt und sie wird ermutigt auf diesem Wege weiterzugehen. Sie erklären, dass sie sich für die Freilassung Abdullah Öcalans einsetzen und von seinen ideologischen Ansichten Gebrauch machen, aber ihre Entscheidungen frei treffen werden.

Die Initiative zur Gründung der Patriotisch Demokratische Partei ruft alle kurdischen Demokraten, Patrioten und Gruppen auf, in der zu gründenden Partei mitzumachen. Im September 2004 sollen der Kreis der Initiatoren, die Satzung und das Parteiprogramm ihre endgültige Form finden.

(www.nasname.com; www.welatparez.com; Wiener Zeitung, 25.7.04; junge Welt, 12.8.04)

## Über 1 Milliarde Euro EU-Hilfe für die Türkei

Nachdem die EU auf ihrem Gipfel in Helsinki 1999 der Türkei formal den Status als Beitrittskandidat zuerkannt hat, wurde ein Programm entwickelt, mit dem die Heranführung des Landes an die EU unterstützt werden soll. Mit zunehmender Intensität der Zusammenarbeit steigt auch der Umfang der finanziellen Unterstützung. 250 Millionen Euro sind für 2004, über 300 Millionen für 2005 und bis 500 Millionen für 2006 vorgesehen.

Schon heute präsentiert die EU eine eindrucksvolle Liste an Projekten, in denen sie engagiert ist, um damit die Vorbereitungen für einen Beitritt der Türkei zu unterstützen. Grob gliedert sich das vor allem in vier Bereiche: Erstens: Projekte im Bildungs-, Demokratisierungs- und Menschenrechtssektor, die entweder teilweise mitfinanziert werden oder in Zusammenarbeit mit der EU entstanden sind. Dazu gehören Gelder für NGOs, Unterstützung für ein Netzwerk von Lokalzeitungen, aber auch Stipendien für das Jean-Monnet-Scholarship-Programm.

Der zweite große Bereich umfasst Industrie-, Informations- und Umweltpolitik. Hier geht es vom Aufbau eines „Financial Control Systems with International Standards“ über den Aufbau von Industriezonen für Automobilbau-Zulieferer bis zur Einführung besserer Umweltstandards im Textilsektor.

Der dritte Bereich umfasst Justiz und Polizei – hier geht es um Drogenabwehr, die Einbeziehung der Türkei in eine europäische Asylpolitik und die Abwehr von Flüchtlingen, aber auch um Trainingsprogramme für die Polizei und den Ausbau des technischen Apparats.

Der vierte Komplex betrifft die Regionalpolitik. Da das Ost-West-Gefälle in der Türkei besonders drastisch ist, sind fast alle Projekte in kurdischen Gebieten oder in der östlichen Schwarzmeerregion angesiedelt. So beteiligt sich die EU an einem Entwicklungsprogramm in kurdischen Regionen, sorgt für sauberes Trinkwasser in Urfa und eine Kanalisation in Diyarbakir. Das einzige Programm in Istanbul ist bislang die Sanierung des Fener-Balat-Bezirks. Falls dieses Projekt gut läuft, sind weitere Instandsetzungsmaßnahmen in anderen Unesco geschützten Vierteln der Stadt geplant.

Außerdem hat die EU-Kommission am 7. Juli 2004 Finanzhilfen und neue Handelsregeln für die türkischen Zyprioten vorgeschlagen. Beim Handel mit Waren aus dem nördlichen Teil Zyperns solle die Europäische Union „wie mit einem Drittland“ verfahren, sagte der für die Erweiterung zuständige EU-Kommissar Verheugen.

Die EU-Kommission hat am 7. Juli 2004 Handelserleichterungen und eine Finanzhilfe von 259 Millionen Euro für den türkisch-zypriotischen Teil des geteilten Inselstaats vorgeschlagen. Verheugen betonte, die den Mitgliedstaaten zur Genehmigung unterbreiteten Anträge zielten nicht auf die völkerrechtliche Anerkennung des türkischen Teils von Zypern. Vielmehr gehe es darum, die Isolierung der türkischen Zyprioten zu beenden und die Wiedervereinigung Zyperns durch Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Norden der Insel zu begünstigen.

(taz, 6.7.04; NZZ, taz, 8.7.04)

## Türkische Wirtschaft in Zahlen

Laut Statistisches Bundesamt in Wiesbaden sind die deutschen Exporte in die Türkei 2003 um fast ein Fünftel auf 9 Milliarden Euro angewachsen. Die Importe aus der Türkei stiegen im selben Zeitraum um knapp 4 % auf 7,2 Milliarden Euro.

Tourismus boomt: Im ersten halben Jahr kamen 6,7 Millionen Besucher in die Türkei, das waren 43,4 % mehr als im Vorjahr. Allein im Juni wurden fast zwei Millionen Sonnenhungrige gezählt. Insgesamt erwartet die Türkei in diesem Jahr 16 bis 17 Millionen ausländische Urlauber; nach knapp 14 Millionen 2003 wäre das ein neuer Rekord. Die Touristen dürften der Türkei in diesem Jahr Einnahmen von schätzungsweise zehn Milliarden Euro bringen.

Nach Auffassung des Internationalen Währungsfonds (IWF) kann es sich die Türkei nicht erlauben, im kommenden Jahr die Staatsausgaben zu erhöhen. Gegen einen solchen Schritt sprächen das sich ausweitende Handelsbilanzdefizit und die anhaltend hohe Schuldenbelastung, heißt es in einer Veröffentlichung am 10. Juli 2004. Der IWF verweist darauf, dass die bisherigen Maßnahmen zur Defizitreduzierung und zur Umsetzung struktureller Reformen zwar äußerst erfolgreich gewesen seien und das Wirtschaftswachstum beschleunigt hätten. Allerdings sei das Finanzsystem des Landes wegen der hohen Staatsverschuldung weiterhin verwundbar. Problematisch ist laut IWF vor allem der hohe Anteil kurzfristiger Verschuldung sowie der hohe Anteil an Fremdwährungsverbindlichkeiten. Dies mache die Türkei anfällig für Zins- und Wechselkurschocs. Nachdem die türkische Wirtschaft 2001 noch um 10 % geschrumpft war, wurden 2002 und 2003 Wachstumsraten von 8 % bzw. 6 % verzeichnet. Für 2004 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 5 % gerechnet. Gleichzeitig wird ein anhaltender Rückgang der Inflation erwartet. Im kommenden Februar läuft ein IWF-Kreditprogramm über 16 Mrd. Dollar mit der Türkei aus, die Regierung in Ankara hat den IWF bereits um ein weiteres Programm gebeten.

Unterdessen hat die Türkei insgesamt 238 Bestimmungen, die Investition ausländischer Unternehmen erschweren, abgeschafft. Ausländer können neuerdings die Mehrheit an türkischen Unternehmen übernehmen. Steuererleichterungen, Zuschüsse für Energiekosten, Ausbau zollfreier Zonen gehören zu den weiteren Anreizen.

Nach einer Studie hat die Weltbank erklärt, dass die Zahl der Armen in der Türkei 10,3 Millionen Menschen beträgt. Mit anderen Worten ist jeder Siebter Mensch in der Türkei arm. Die Regierung Erdogan gab am 25. Juni bekannt, dass der neue Mindestlohn 318.000.000 TL, d.h. umgerechnet 175 Euro betragen wird.

(afp, 16.6.04; H, 24. und 28. 6.04; Handelsblatt.com und Yahoo, 6.7.04, Manager Magazin, 11.8.04; H, 12.8.04; NZZ, 13.8.04)

## Bericht über die Konferenz

### „Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage“

Die Situation konnte dramatischer nicht sein. Die PKK-Guerilla hatte gerade angekündigt, ihren über 5-jährigen einseitigen Waffenstillstand zu beenden. Die kurdischen Parlamentarier – unter ihnen Leyla Zana – wurden auf Grund eines Gerichtsbeschlusses nach etwa 10-jähriger Haft bis zu einem neuen Gerichtsurteil auf freien Fuß gesetzt. Die ersten türkisch zensierten, sehr kurzen Sendungen in kurdischer Sprache in Fernsehen und Funk wurden endlich ausgestrahlt und die Europa-Wahlen, in deren Vorfeld der türkische Beitrittswunsch zu heftigen Diskussionen geführt hatte, standen unmittelbar bevor. Gerade hatten 20 Persönlichkeiten aus Deutschland unter der Überschrift appelliert „Wer über den EU-Beitritt der Türkei spricht, darf zur Kurdenfrage nicht schweigen“ (s. NN 2/2004).

Zu diesem Zeitpunkt, am 11. Juni 2004, trafen sich im Berliner Abgeordnetenhaus annähernd 100 Engagierte, Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler und Menschenrechtler, um über die Bedingungen eines türkisch-kurdischen Dialogs zwischen beiden Seiten zu hören und zu diskutieren. Auf Initiative des Dialog-Kreises hatten sich die Deutsche Sektion der IPPNW, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, das Netzwerk Friedenskooperative, Pro Asyl und der Internationale Verein für Frieden und Gerechtigkeit - Pro Humanitate zu dieser gemeinsamen Konferenz entschlossen. Der Abgeordnete Giyasettin Sayan hatte die Tagung im Berliner Abgeordnetenhaus ermöglicht. Sie alle hatten seit Jahr und Tag auf die Dringlichkeit und die guten Chancen für eine Lösung des Kurdenproblems im Rahmen der Türkei hingewiesen, die Aufnahme des Dialogs gefordert und vor einer Blockierung einer Politik der Aussöhnung gewarnt. Ankara, aber auch die EU-Staaten, so auch Berlin, haben jedoch ihre Mahnung, wie auch die kurdische Bitte nach einem friedenspolitischen Dialog bisher ignoriert.

Den politischen Hintergrund der Konferenz umriss Andreas Buro Koordinator des Dialog-Kreises einleitend so: Ohne Lösung der Kurdenfrage wird die Türkei die menschenrechtlichen Kriterien nicht erfüllen können. Doch noch immer hören wir: Es gibt keine Kurdenfrage – Das ist selbstverständlich falsch. Nach wie vor stehen die fehlenden kulturellen Rechte, die Flüchtlingsrückkehr, schwerste Menschenrechtsverletzungen, die katastrophale wirtschaftliche und soziale Situation auf der Tagesordnung. Darüber hinaus hat die Lösung der Kurdenfrage große Bedeutung für die friedliche Entwicklung von Nah- und Mittelost. Die Kurdenfrage wird häufig auf den Konflikt mit der PKK reduziert und dann als Terrorismus-Frage behandelt. Auch das ist falsch. Sie ist verbunden mit der Bildung des türkischen Nationalstaats und den Strategien der Zwangsassimilierung, wie bei vielen anderen Nationalstaaten. Heute sollte man wissen, Aussöhnung und Kooperation stärken Gesellschaft und Staat, nicht aber Zwangsassimilierung und Repression.

In drei Schritten ging man das Thema an: Aussöh-

nungspolitik, Dialog zwischen kurdischem und türkischem Standpunkt und mögliche Beiträge von außen zum Dialog.

In Europa seien alle Versuche, ein Einheitsvolk im Rahmen der Nationalstaaten zu organisieren, gescheitert. Hans Koschnick, Bürgermeister von Bremen a. D. unterstrich die Grundbedingung, alle Rechte von Minderheiten anzuerkennen. Geschichte sei manipulierbar und werde immer wieder für repressive Politik instrumentalisiert. Die Menschenrechte müßten deshalb als Leitlinie gelten. In der Kurdenfrage sei von den USA nicht viel zu erwarten und die EU habe keine klare Konzeption. Kurzfristige Politik werde scheitern. Die Lösungen müßten allerdings von innen aus der Türkei kommen. Von außen könnte nur Unterstützung nutzen, nicht aber Missionierung. Von einer Aussöhnung würden Türken und Kurden Nutzen haben. Für ihre Politik der Aussöhnung sollten die gesellschaftlichen Organisationen auch nach Bundesgenossen im staatlichen Bereich suchen. In der Diskussion wurde vor zu hohen Forderungen gewarnt. Sie könnten blockieren. Wichtig sei es, den Prozess der Aussöhnung zu beginnen. Die Menschenrechte seien jedoch nicht verhandelbar.

Erwartungen und Vorschläge für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage aus kurdischer Sicht erläuterte Dr. med. Tarik Ziya Ekinci, ehemaliger Abgeordneter des Parlaments. Er forderte, die Türkei solle alle internationalen Verträge zur Minderheiten-Problematik unterschreiben. Die Separatismus-Argumentation Ankaras gegenüber den Kurden sei eine Lüge, um den Kurden ihre Rechte vorzuenthalten. Er forderte Rücksiedlung und Entschädigung für die Flüchtlinge, muttersprachliche Erziehung, Freiheit für Information, die Bildung von Vereinen, eine Amnestie für die politischen Gefangenen und andere Rechte. Das neue Parteiengesetz verhindere geradezu die Repräsentation kurdischer Parteien. Die türkischen und kurdischen Intellektuellen müssten sich endlich zusammen tun.

Prof. Dr. Baskin Oran, Politologe der Universität Ankara, betonte, er spräche selbstverständlich nicht für den türkischen Staat, sondern als Wissenschaftler. Ankara habe aus dem militärischen Sieg über die PKK nichts gemacht. Die Türkei müsse die Sub-Identitäten der Minderheiten, also auch die der Kurden, anerkennen. Sie dürfe davor keine Angst haben. Nicht tolerierbar sei jedoch jede Gewaltanwendung zur Durchsetzung von Rechten. Im Osmanischen Reich habe es diese Vielfalt gegeben, die auch für die heutige Türkei möglich sei. Nach der kemalistischen Modernisierung, befände sich die Türkei durch den erhofften EU-Beitritt in einer zweiten Modernisierungswelle, die es in diesem Sinne zu nutzen gelte.

In der Podiumsrunde zum Thema, wie denn EU und Deutschland zur Lösung der Kurdenfrage beitragen könnten, verwies Andreas Buro zunächst auf die sehr realen Interessen der EU und Deutschlands an der Lösung der Kurdenfrage hin. Bei dem angestrebten Dialog stünden die Grenzen der Türkei nicht zur Diskussion. Das Kurden-Terrorismus-Feindbild sei zu überwinden, um auch in der Türkei frei über die Kurdenfrage sprechen zu können. Es sei dringend, dass die offizielle Politik endlich deutliche Signale aussendet, dass sie

das Anliegen der Kurden ernst nimmt. MdB Ruprecht Polenz, früherer Generalsekretär der CDU, verwies darauf, die EU-Erweiterungspolitik gegenüber der Türkei sei eine Strategie der zivilen Konfliktbearbeitung. Er fände es fraglich, ob der Dialog ethnisch zu definieren sei. Jedenfalls müsse die ökonomische Asymmetrie in der Türkei verändert werden. Der frühere Innenminister Nordrhein-Westfalens Dr. Herbert Schnoor bestand darauf, dass die Kurdenfrage im Beitrittsverfahren erörtert werden müsse. Nordirak ließe sich im übrigen nur stabilisieren, wenn die Kurdenfrage geklärt würde. Diese dürfe nicht allein auf Regierungsebene geklärt werden, eine Diskussion auf gesellschaftlicher Ebene sei ebenso dringend. Gewalt könne nicht die Lösung des Problems bringen. Auch die jeweils eigene Schuld müsse anerkannt werden

## Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage

*Mit Beiträgen von*

Andreas Buro  
Amke Dietert  
Tarik Ziya Ekinci  
Hans Koschnick  
Baskin Oran  
Ruprecht Polenz  
Herbert Schnoor  
Giyasettin Sayan  
Mehmet Sahin

*Die Dokumentation kann für 7,50 Euro  
beim Dialog-Kreis bestellt werden.*

Amke Dietert, früheres MdB und heute für amnesty arbeitend, analysierte, der Reformprozess in der Türkei würde weitgehend von außen bewirkt. Die EU. fordere noch zu wenig. Die Rückkehr in die Dörfer müsse von außen gefördert werden, ebenso wie kurdologische Forschung. Sie benannte die gegenwärtigen Defizite im Reformprozess, wie auch die unzureichende Praxis. Ein besonderes Problem sei, wer auf der kurdischen Seite als Ansprechpartner dienen könne. Nach einer eingehenden Kritik der bestehenden Verhältnisse in den kurdischen Gebieten machte Mehmet Sahin, der Geschäftsführer des Dialog-Kreises, konkrete Vorschläge: Die EU solle mit den Menschenrechtsvereinen und Kurden engeren Kontakt aufnehmen und in Diyarbakir ein Verbindungsbüro einrichten. Sie solle auch Mittel für die Rückkehr der Flüchtlinge bereit stellen. Die Grenzen müßten dringend entmint werden. Dabei könne Deutschland ebenso helfen, wie bei der Ausbildung von Verwaltungspersonal für die Kommunen. Er verwies auch darauf, wie friedens-

politisch schädlich die PKK-Verbotsverfahren seien.

In der folgenden Diskussion wurde Südtirol als ein gelungenes Beispiel der Aussöhnung genannt. Man sollte türkische Politiker dorthin einladen. Städtepartnerschaften und Gewerkschaftskontakte wurden vorgeschlagen und eine menschenrechtliche Begleitung zurück kehrender Flüchtlinge gefordert. Ruprecht Polenz schränkte ein, die EU könne in der Türkei nicht mehr durchsetzen als gegenüber anderen neuen Mitgliedern, nämlich Mindeststandards. Polenz und Schnoor wandten sich entschieden gegen eine Aufhebung des PKK-Verbots, da diese eine terroristische Vereinigung sei. Dagegen wurden friedenspolitische Argumente vorgebracht.

Am Ende blieben trotz der vielseitigen Argumente und Diskussionen viele offene Fragen und Kontroversen. Das ist selbstverständlich für jeden Dialog-Beginn. Andreas Buro konnte trotzdem einige Gemeinsamkeiten nennen: Alle bejahten die Aufnahme eines türkisch-kurdischen Dialogs und wandten sich gegen Gewalt im Austrag des Konflikts. Die PKK-Guerilla solle ihre Kündigung ihrer einseitigen Waffenruhe zurück nehmen. Alle sähen Fortschritte im Reformprozess der Türkei. Noch nicht erkennbar sei, ob sich daraus eine menschenrechtlich fundierte Entwicklungsrichtung ergebe. Der Tabu-Bruch in der Kurdenfrage sei ernst zu nehmen und zu ermutigen. Die EU und Deutschland solle endlich die Kurdenfrage deutlich benennen und ihre Lösung anfordern. Die Doppelmoral der europäischen Politiker, einerseits stets von präventiver Konfliktstrategie zu sprechen, aber sich dafür nicht zu engagieren wolle man öffentlich kritisieren. Doch auch in den Zivilgesellschaften Europas einschließlich der Türkei müsse man lernen, die andere Seite in ihren Argumenten und Befürchtungen ernst zu nehmen und auf diese einzugehen. Auch unter uns gibt es Feindbilder, die uns die Wirklichkeit verstellen. Für alle Veränderungsprozesse brauchen wir einen langen Atem.

**Andreas Buro**

Wenn Sie neugierig geworden sind, können Sie die von uns soeben herausgegebene Dokumentation bestellen.

## Talabani: „Ein eigener Staat lässt sich nicht durchsetzen“

Der Vorsitzende der Patriotischen Union Kurdistans, Jalal Talabani, zählt zu den einflussreichsten irakischen Politikern. Er spielte eine prominente Rolle im Widerstand gegen Saddam Hussein und diente zeitweise als Präsident des Regierenden Rats. Inga Rogg befragte Jalal Talabani in dessen Hauptquartier in Qala Cholan an der Grenze zu Iran zur Zukunft des Iraks und Kurdistans.

*Die Kurden haben keinen der von Ihnen geforderten hohen Posten in der irakischen Interimsregierung erhalten. Stehen Sie erneut auf der Verliererseite?*

Die Kurden haben wichtige Dinge errungen. Einer der Vizepräsidenten ist Kurde, der Aussenminister ist Kurde. Erstmals in der 80-jährigen Geschichte des Iraks hat ein Kurde dieses wichtige Amt inne. Der stellvertretende Premierminister Barham Saleh ist Kurde. Er ist für

so zentrale Fragen zuständig wie die Ölförderung und die wirtschaftliche Entwicklung, und er ist der direkte Ansprechpartner für den amerikanischen Botschafter Negroponte bei der Vergabe der amerikanischen Gelder im Irak. Der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees für die Nationalkonferenz ist ebenfalls ein Kurde. Das wichtige Ministerium für Wasserressourcen hält ein Kurde.

*Wollten Sie nicht mehr?*

Das Amt des Premierministers oder des Präsidenten haben wir nicht erhalten. Aber die Alles- oder-nichts-Politik ist der falsche Weg. Früher haben die Kurden immer Maximalforderungen gestellt und gingen am Ende leer aus. Mit dieser verkehrten Politik wollen wir Schluss machen. Wir haben bestimmte Dinge erreicht, für andere werden wir weiter kämpfen, zum Beispiel bei den Parlamentswahlen im nächsten Jahr.

*Die Schiiten bilden die Mehrheit im Irak. Werden die Kurden für den Fall, dass sich eine islamische Regierung abzeichnet, das Wahlergebnis akzeptieren?*

Dass die Schiiten die Mehrheit bilden, bedeutet nicht, dass sie einen geschlossenen Block bilden. Ein Beispiel: Im Regierenden Rat hielten die Schiiten 13 von 25 Sitzen. Unter ihnen waren der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, mehrere säkulare Vertreter. Nicht alle Schiiten sind Fundamentalisten. Es gibt eine Million schiitische Kurden, sie stehen mehrheitlich hinter uns, der nationalen Befreiungsbewegung. Darüber hinaus gibt es säkulare arabische Kräfte. Wer eine islamische Ordnung fordert, will die Spaltung des Iraks.

*Was werden Sie tun, sollte dennoch eine islamische Regierung gewählt werden?*

Die Kurden werden sich niemals einer islamischen Ordnung unterwerfen. Es gibt heute eine neue irakische Republik. So wie Frankreich eine Zweite, Dritte und Vierte Republik hervorgebracht hat, haben wir heute die Zweite Irakische Republik. Wir gestalten den Irak neu. Diese Umgestaltung muss im Konsens stattfinden, hierbei geht es nicht um Mehrheit oder Minderheit. Der Irak setzt sich aus drei Hauptgruppen zusammen, der Bevölkerung von Irakisch-Kurdistan, sunnitischen Arabern und Schiiten. Diese drei Gruppen müssen in den wichtigsten Fragen einen Konsens erreichen: Demokratie, Menschenrechte, Föderalismus, Frauenrechte sowie Unabhängigkeit und Einheit des Iraks. Einstimmig haben wir uns im Regierenden Rat für eine demokratische und föderale irakische Republik ausgesprochen, die die islamische Religion respektiert. Für eine islamische Herrschaft ist darin kein Platz.

*Grossayatollah Ali Sistani hat sich gegen ein Veto-recht für die Kurden in der Übergangsverfassung ausgesprochen. Können sich die Kurden mit ihm überhaupt einigen?*

Ayatollah Sistani ist ein weiser Mann. Er fordert keinen Wächterrat wie in Iran. Ayatollah Sistani denkt, dass die islamische Herrschaft erst dann Wirklichkeit wird, wenn der verborgene Mahdi zurückkehrt. Seine Äusserungen bedeuten nicht, dass er eine Regierung von Geistlichen verlangt, und Ayatollah Sistani steht hinter den Kurden. Ich habe ihn oft getroffen, er unterstützt das kurdische Volk. Beim letzten Treffen mit kurdischen Geistlichen hat er die ethnischen Säuberungen verurteilt. Er forderte eine Rückkehr der angesiedelten Araber und die Rückgabe des Landes an die Kurden.

*Sie und Masud Barzani von der Demokratischen Partei Kurdistans machen sich für eine Föderation stark. Viele Kurden wünschen sich indes einen eigenen Staat. Wie wollen Sie diesen Konflikt lösen?*

Das stimmt so nicht. Sicher, die Menschen träumen von Unabhängigkeit. Wenn man aber mit ihnen diskutiert, sehen sogar die Extremisten ein, dass eine Föderation die beste Lösung ist. Wie könnten wir überleben, wenn unsere Nachbarn die Grenzen schliessen würden? Das kurdische Volk hat wie alle Völker der Welt ein Recht auf Selbstbestimmung, wozu auch das Recht auf Unabhängigkeit zählt. Aber in der Realität lässt sich ein eigener Staat nicht durchsetzen.

Kurdistan soll ein eigener irakischer Gliedstaat werden. Trotz mehrjährigen Verhandlungen haben sich aber die Patriotische Union und die Demokratische Partei in Kurdistan nicht auf eine gemeinsame Regierung geeinigt.

In den zentralen Punkten besteht Einigkeit: in der Frage des Föderalismus, der künftigen Verfassung, den Beziehungen zu unseren Nachbarländern und der Zentralregierung. Es gibt Differenzen über die Zusammenführung der beiden Verwaltungen. Ich habe eben Masud Barzani einen Vorschlag unterbreitet, wie das Problem gelöst werden kann. Das braucht Zeit. Die deutsche Wiedervereinigung wurde auch nicht über Nacht vollzogen.

*Herr Talabani, Sie stammen aus Kirkuk ...*

Ich stamme nicht nur aus Kirkuk, ich bin mit Leib und Seele Kirkuki. Wir sagen indes nicht, dass Kirkuk eine kurdische Stadt ist. In Kirkuk leben Kurden, Turkmenen und echte Araber – alteingesessene Araber. Kirkuk ist die Stadt der Brüderlichkeit. Wie in Brüssel kann es dort für alle drei Bevölkerungsgruppen eigene Verwaltungen geben. Aber Kirkuk ist Teil des irakischen Kurdistan. Das ist ein Ergebnis der Geschichte und keine Entscheidung von Barzani oder Talabani.

*Kirkuk soll wieder an Kurdistan angegliedert werden. Wie wollen Sie das erreichen?*

Das ist ein heikles und kompliziertes Thema. Wir müssen um Kirkuk mit Ruhe und Weisheit kämpfen. Dabei setzen wir auf einen Normalisierungsprozess. Als Erstes müssen die Verwaltungsgrenzen vor der Machtübernahme der Baath-Partei wieder hergestellt werden. Saddam Hussein hat die Provinz Kirkuk zerstört, indem er grosse Teile anderen Provinzen zuschlug und den Rest schliesslich in al-Tamim umbenannte. Wir wollen die Provinz Kirkuk wieder vereinigen und ihr den alten Namen geben. Dann müssen die vertriebenen Kurden und Turkmenen zurückkehren. Die Araber, die infolge der ethnischen Säuberungen in Kirkuk angesiedelt wurden, müssen ihrerseits an ihren Herkunftsort zurückkehren. Es wurden übrigens nicht nur Kurden, sondern auch Turkmenen vertrieben. Derzeit gibt es in einigen Dörfern heftige Auseinandersetzungen zwischen den ursprünglichen turkmenischen Eignern und aus dem Süden angesiedelten Arabern. Am Ende werden die Kirkuker darüber entscheiden, ob sie Teil Kurdistans werden oder ob sie Autonomie wollen. Wir glauben, dass sich die Mehrheit für Irakisch-Kurdistan aussprechen wird. Damit meine ich nicht nur die Kurden. Es gibt viele Turkmenen und auch Araber, die an die Vergangenheit anknüpfen möchten.

*Die Patriotische Union und die Demokratische Partei fordern die vertriebenen Kurden aber schon jetzt zur Rückkehr auf.*

Wir fordern die deportierten Kurden, aber auch die Turkmenen zur Rückkehr auf. Wer nicht zurückkehren kann, muss das Recht haben, sich bei der geplanten Volkszählung an seinem jetzigen Wohnort als Kirkuki registrieren zu lassen. Lassen Sie mich Ihnen einen wichtigen Punkt erklären. Wir sind absolut nicht gegen Freizügigkeit bei der Wohnortwahl. Jeder soll dort leben können, wo es ihm gefällt. Wir sind jedoch gegen jede Form von erzwungenem Eingriff in die Demographie.

*Haben Sie in dieser schwierigen Frage Unterstützung von amerikanischer und britischer Seite erhalten?*

Nach der Befreiung des Iraks wurde ein Ausschuss gegründet, dem ein Amerikaner, eine Britin und ein Finne als Sondergesandte angehörten. Washington ernannte William Eagleton, der ein Experte in der kurdischen Frage ist. Er sagte mir: «Sie müssen mir nichts beweisen, ich war 1954/55 amerikanischer Konsul in Kirkuk. Damals machten die Araber 5 Prozent der Stadtbevölkerung aus, heute sind es 50 Prozent. Es ist keine Frage, dass sie von der irakischen Regierung hierher gebracht wurden.» Die Amerikaner wissen also Bescheid. Doch sie und die Briten wollen unsere Nachbarn nicht verärgern, die in dieser Frage äusserst empfindlich reagieren.

*Die Beziehungen mit Ihren Nachbarn waren nie einfach. Ist eine Besserung in Sicht?*

Wir unterhalten mit allen gute Beziehungen. Allerdings gibt es Probleme mit unseren Brüdern in Damaskus. Sie bezeichnen die terroristischen und kriminellen Aktivitäten im Irak als Widerstandsbewegung. Widerstand ist etwas Heiliges. Wer Kinder umbringt, Kirchen und Moscheen zerstört, Schiiten an ihrem höchsten Feiertag umbringt, Selbstmordattentate in Kurdistan verübt und Autobomben zündet, ist kein Widerstandskämpfer. Das sind Kriminelle, Terroristen, Feinde des irakischen Volkes. Mit der Türkei, besonders mit der gegenwärtigen Regierung, haben wir gute Kontakte, das Gleiche gilt für Iran. Aber die türkische und die iranische Regierung haben kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten des Iraks einzumischen. Die Iraker werden darüber entscheiden, ob sie eine stärkere Zentralisierung oder eine Konföderation wollen – und nicht die Nachbarländer.

*Im letzten Jahr hiess es, die Iraker könnten den Konflikt mit den Untergrundkämpfern lösen. Warum dauern die Gewalttaten an, obwohl es mittlerweile eine irakische Regierung gibt?*

Sie bauen auf die neue Polizei und Armee, statt sich auf die Hauptkräfte des irakischen Volks zu stützen – auf die lokale Bevölkerung, die irakischen Stämme und die Einheiten der ehemaligen Opposition. Wir Kurden garantieren, dass wir dem Terror im ganzen Land innerhalb von zwei Monaten ein Ende bereiten würden.

*Warum sollten Sie dazu besser in der Lage sein als die Polizei und die jetzige Nationalgarde?*

Die Polizei wurde nicht sorgfältig genug ausgewählt. Wir müssen uns auf die Kräfte stützen, die an den neuen Irak glauben. Diejenigen, die bereit sind, für den neuen Irak zu sterben, und diejenigen, die gut ausgebildet sind. Zudem vertrauen uns die Leute. Viele informieren uns

über Terroraktivitäten, nicht aber die Polizei. Darüber hinaus haben wir eine viel grössere Zahl an Truppen, wir haben Zehntausende von Peschmerga und Sicherheitskräften.

*Gibt es eine andere als eine militärische Lösung für den Konflikt?*

Wir haben es mit drei verschiedenen Gruppen zu tun: al-Kaida, die von aussen kam, und deren Verbündete wie Ansar al-Islam oder Tawhid und Jihad, dann die Anhänger des alten Regimes sowie die islamischen Fundamentalisten, die Wahhabiten. Gruppen wie die Kaida und Ansar al-Islam muss man ausrotten. Für andere braucht es eine politische Option. Mit den Irakern können wir in einen Dialog treten. Dass sie die Amerikaner ablehnen, können wir akzeptieren, aber sie müssen das auf demokratischem, friedlichem Wege tun.

*Es gibt aber keinen Ansprechpartner?*

Bisher nicht, noch nicht.

*Vor dem Krieg hat die damalige Opposition ein leuchtendes Bild von der Zukunft des Iraks gezeichnet. Heute steckt das Land in einer tiefen Krise. Wo wird Ihr Land in einem Jahr stehen?*

Der Übergang von einer Diktatur ist nicht einfach. Deutschland hat nach dem Ende der Nazi-Herrschaft Jahre gebraucht, Russland nach dem Kollaps der Sowjetunion ebenfalls. Das wird ein paar Jahre dauern. Und vergessen Sie nicht, der Irak, das ist nicht nur Falluja. Irakisch-Kurdistan wird aufgebaut, und das ist ein Teil des Iraks. Seine Bedeutung ist hundertmal grösser als die von Falluja. Hier leben vier Millionen Iraker in Wohlstand und Frieden. Im Süden wird es eine ähnliche Entwicklung geben.

(Neue Zürcher Zeitung, 6.8.04)

## Barzani über Deutschland und Föderalismus

Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) in Irakisch-Kurdistan, Massud Barzani, beschuldigt Deutschland, eine gegen die Kurden gerichtete Politik zu verfolgen und seiner Verantwortung im Irak nicht gerecht zu werden.

„Über die Beziehungen mit der Bundesregierung sind wir nicht glücklich“, sagte Barzani gegenüber der FAZ in Hewler/Arbil. Die Bundesregierung habe bislang „keinen einzigen positiven Schritt“ gegenüber der sich entwickelnden Demokratie im Irak unternommen – „nicht zur Unterstützung der Rechte der Kurden, nicht zur Unterstützung des Föderalismus, nicht für die Demokratie und für den neuen Irak“. Die Politik des Auswärtigen Amts sei weder freundschaftlich noch konstruktiv. „Praktisch haben sie nichts getan, um unserem Volk zu helfen“, sagte Barzani.

Barzani warnte davor, den föderalen Aufbau des Iraks anzutasten. Sollte die Autonomie der Kurden im Norden des Iraks nicht verwirklicht werden, zerfalle der Irak. Er sagte: „Kann der Föderalismus nicht gewahrt werden, dann wird der Irak keine Einheit bleiben.“ Barzani wandte sich außerdem „entschieden“ gegen eine Entsendung von Truppen aus den Nachbarstaaten des Iraks.

Auf die Frage von Rainer Hermann von FAZ, „was er tun würde, wenn sich der Föderalismus nicht durchsetzen liesse“ antwortete Barzani: „Wir arbeiten auf der Basis von Vereinbarungen, die wir erzielt haben. Vor dem Fall des Regimes hatten wir in der Exilopposition eine Übereinkunft, daß der künftige Irak föderal sein werde. Dann wurde das „Vorübergehende Verwaltungsrecht“, also die Übergangsverfassung, von allen Mitgliedern des Übergangsrats unterzeichnet; es spricht von einem föderalen System. Wir arbeiten auf dieser Grundlage, nicht auf der von Fatwas, die zu diesem oder jenem veröffentlicht werden, oder von Briefen und Korrespondenzen. Zudem hat weder die Türkei noch ein anderes Land das Recht noch geben wir ihm dazu die Gelegenheit, das Schicksal des irakischen Volkes zu bestimmen. Dieses Recht hat nur das irakische Volk, und die Mehrheit des Iraks hat den Föderalismus akzeptiert. Sollte dieser nicht gesichert werden können, bliebe der Irak keine Einheit. Im Irak ist das Prinzip des Föderalismus weitgehend akzeptiert. Meinungsverschiedenheiten bestehen über die Größe der föderalen kurdischen Region und darüber, ob Kirkuk in sie aufgenommen werden soll.

Als wir die Übereinkunft zum Föderalismus erzielt haben, einigten wir uns, daß dieses föderale System auf der Geschichte und der Geographie basieren soll. Es ist sehr offensichtlich, daß alle Gegenden, die historisch ein Teil Kurdistans waren, wieder ein Teil Kurdistans sein werden. Die Übergangsverfassung hat festgelegt, wie das Problem Kirkuk gelöst wird: Die Arabisierung soll rückgängig gemacht werden, und die vertriebenen Kurden sollen zurückkehren. Sobald sich die Situation normalisiert hat, soll ein Referendum stattfinden. Dann werden die Menschen entscheiden, wohin sie gehören wollen. Wir sind sicher, daß die Mehrheit (der Menschen) in Kirkuk Kurden sind und daß sie Teil der kurdischen Region sein wollen und Teil ihres Volkes. Historisch ist Kirkuk ein Teil Kurdistans. Da gehen wir keine Kompromisse ein.“

(FAZ, 5.7.04)

## Appell für Halabja

„In den Tagen vom 16. auf den 18. März 1988 starben fast 15 000 Menschen in der kurdisch irakischen Stadt Halabja den Giftgastod.

Unmittelbarer Täter war das Regime des Diktators Saddam Hussein. Mittelbar beteiligt waren mehrere Unternehmen aus Deutschland, die der Baath-Diktatur die chemischen Grundsubstanzen und das technische know-how zur Produktion von toxischen Stoffen geliefert hatten. In der Regel mit Zustimmung - jedenfalls nicht gegen den Widerstand des deutschen Bundesamtes für Wirtschaft (Eschborn).

Noch heute leiden die Hinterbliebenen unter den Langzeitschäden und an chronischen Erkrankungen, die auf die damaligen Giftgas-Angriffe zurückführbar sind.

Obwohl eine parlamentarische Untersuchungskommission und selbst äußerst zögerliche deutsche Gerichte die Lieferungen von Produktionsstätten zum Chemiewaffen-Mord nicht ganz leugnen konnten, hat sich bisher keine deutsche Regierung bereit erklärt, ihre Mitverantwortung zu bekennen und beispielsweise zur Rehabilita-

tion oder zum Wiederaufbau der zerstörten Stadt Halabja beizutragen.

Erstmals nun hat die Regierung Hollands sich im Juli 2004 zu einer teilweisen Anerkennung eigenen schuldhaften Beteiligung an den genozidalen Aktionen des Saddam Regimes bereit erklärt. (...)

Die rot-grüne Regierung der Bundesrepublik ist nun erneut aufgefordert, die eigene Schuld anzuerkennen, um Wiedergutmachung zu leisten, die Stadt Halabja und ihre Überlebenden zu entschädigen - und damit den oft reklamierten Anspruch auf eine demokratische und friedliche Entwicklung im Irak zu fördern.“

(Hans Branscheidt, Die Mesopotamische Entwicklungsgesellschaft e.V., kdi@gmx.net)

## 4.500 Widerrufsverfahren gegen anerkannte irakische Flüchtlinge

Die Innenministerkonferenz (IMK) am 7./8. Juli 2004 hat beschlossen, die irakischen Flüchtlinge zurückzuführen. Die desaströse Sicherheitslage wird zwar zur Kenntnis genommen, daraus folgt jedoch nicht, dass hier lebende irakische Flüchtlinge eine sichere Zukunftsperspektive in Deutschland haben. Ganz im Gegenteil. Im Beschluss der IMK begrüßen es die Innenminister und -senatoren der Länder, „dass der Bundesminister des Inneren dafür Sorge getragen hat, dass das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bereits in über 4.500 Fällen ein Widerrufsverfahren eingeleitet hat.“

Wie sehr diese Entwicklung zu „begrüßen“ ist, zeigte sich sehr deutlich auf einer Informationsveranstaltung des Flüchtlingsrates in NRW für Irakische Flüchtlinge am 15. Juli 2004 in Essen. Einige der Anwesenden hatten bereits ein Schreiben bekommen mit der Information, dass ein Widerrufsverfahren gegen sie eingeleitet werde. Die Verzweiflung stand einem jungen Bauingenieur deutlich ins Gesicht geschrieben.

„Vor über acht Jahren sind wir nach Deutschland gekommen, meine Frau ist Zahnärztin, ich bin Bauingenieur, meine beiden Kinder besuchen das Gymnasium. Wir sind hier voll integriert, haben von Anfang an immer gearbeitet, jetzt wollten wir eigentlich Eigentum erwerben, da für uns klar war, wir bleiben hier. Doch jetzt? Jetzt ist wieder alles in Frage gestellt!“

(Flüchtlingsrat NRW e.V., koenig@fmrnw.de)

## Iranische Flüchtlinge sitzen in der Türkei fest

Metin Corabatir, Sprecher der UNHCR in der Türkei, hat die Türkei beschuldigt, den anerkannten Flüchtlingen aus dem Iran keine Ausreisegenehmigung in ein Drittland zu geben. Im Jahre 2000 seien zum ersten Mal 600 Flüchtlinge aus dem Iran gekommen. Diese seien in Drittländern untergebracht worden. Momentan hielten sich 1.200 Flüchtlinge aus dem Iran in der Türkei auf, denen aber keine Ausreisegenehmigung erteilt werde. Die meisten dieser Personen lebten in Van. Anfänglich habe die Gefahr bestanden, dass sie wieder in den Iran abgeschoben werden. Nach Verhandlungen mit der

türkischen Regierung hätten die Flüchtlinge jedoch eine vorübergehende Aufenthaltsgenehmigungen erhalten.

Sechs Parteien und Organisation aus dem Iran und Iranisch-Kurdistan gaben in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass die Türkei Hunderte von iranisch-kurdischen Flüchtlingen in den Iran abschieben will. „In den vergangenen Tagen wurde Hunderten iranischer Flüchtlinge, zum Großteil politische kurdische Aktivisten, von türkischen Behörden offiziell und unmisverständlich mit der Auslieferung an den Iran gedroht. Die meisten von ihnen hatten vor Jahren beim Büro der UNHCR in Nordirak (Irakisch-Kurdistan) Asyl beantragt und hatten darauf gewartet, in ein Drittland geschickt zu werden. Die Organisationen appellieren an Weltöffentlichkeit und Menschenrechtsorganisationen, diesen Flüchtlingen zu Hilfe zu eilen und ihre Auslieferung an das islamische Terrorregime im Iran zu verhindern.

(PM der Organisation, Ende Juli, ÖP, 14.8.04)

## amnesty: Syrien foltert Kinder

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) hat Syrien am 29. Juli 2004 vorgeworfen, mehr als 20 Kinder in Gefängnissen zu foltern. Die Organisation sei „sehr beunruhigt“ über Berichte, wonach die im März festgenommenen kurdischen Kinder im Alter von 14 bis 17 Jahren körperlich misshandelt und seit Monaten in Einzelhaft gehalten würden, erklärte ai in einer Stellungnahme. Die Kinder wurden während der Unruhen im März festgenommen. Bei den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Syrern kurdischer und arabischer Abstammung waren 25 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden. Auslöser waren Krawalle nach einem Fußballspiel gewesen. Nach Angaben syrischer Menschenrechtsgruppen sind wegen angeblicher Beteiligung an den Unruhen noch immer Hunderte Kurden inhaftiert.

Unterdessen ist Syrien der Anti-Folter-Konvention der UNO unter Vorbehalten beigetreten. Laut Presseberichten erkennt Damaskus ein am 1. Juli 2004 erlassenes entsprechendes Dekret von Staatspräsident Baschar al-Assad das in Artikel 20 der Konvention erwähnte Komitee nicht an. Das Komitee soll die Einhaltung der Anti-Folter-Konvention seitens der Unterzeichnerstaaten kontrollieren. Der syrische Anwalt und Menschenrechtler Anwar Bunni erklärte, die Unterzeichnung der Konvention sei angesichts der gleichzeitigen Vorbehalte der Versuch, die Wirklichkeit in Syrien zu vertuschen. Auch gemäß der syrischen Verfassung und den Gesetzen sei Folter verboten. Doch sie werde dessen ungeachtet regelmäßig praktiziert.

(taz, 1.7.04, afp, 7.7.04)

## Das Entwicklungsnetzwerk UN plädiert für kulturelle und ethnische Vielfalt

In dem neuesten Bericht der UNDP „Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“ argumentiert die Organisation gegen fünf Mythen, die sind für grundfalsch und verderblich halten.

*Mythos 1:* Die ethnischen Identitäten der Menschen stünden in Konkurrenz zu deren Verbundenheit mit dem Staat. Deshalb müsse im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf die staatliche Einheit verzichtet werden.

*Mythos 2:* Ethnische Gruppierungen seien anfällig gegenüber gewaltsamen Auseinandersetzungen, weil ihre Werte miteinander kollidierten. Deshalb müsse im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf den inneren Frieden verzichtet werden.

*Mythos 3:* Kulturelle Freiheit erfordere das Eintreten für traditionelle Gebräuche. Deshalb müsse im Falle der Anerkennung kultureller Vielfalt möglicherweise auf andere Prioritäten menschlicher Entwicklung, wie beispielsweise Fortschritte bei Entwicklung, Demokratie und Menschenrechten, verzichtet werden.

*Mythos 4:* Ethnisch vielgestaltige Länder seien weniger dazu in der Lage, sich weiter zu entwickeln. Deshalb müsse im Falle der Anerkennung von Vielfalt auf die Förderung der Entwicklung verzichtet werden,

5. *Mythos:* Manche Kulturen seien eher als andere dazu in der Lage, Entwicklungsfortschritte zu machen, und manche Kulturen verfügten im Gegensatz zu anderen über inhärente demokratische Werte. Deshalb müsse im Fall des Entgegenkommens gegenüber bestimmten Kulturen auf die Förderung von Entwicklung und Demokratie verzichtet werden.

Ein Grundproblem bei all diesen Mythen sei die zugrunde liegende Annahme, dass Kultur etwas im Wesentlichen festgelegtes und Unveränderliches sei. Die Theorien des kulturellen Determinismus verdienten eine kritische Beurteilung, da von ihnen gefährliche Konsequenzen für die Politik ausgehen. Sie können die Unterstützung für nationalistische Politikmaßnahmen unterstützen gegen angeblich minderwertige Kulturen unterstützen. Derartige Angriffe auf kulturelle Werte schüren dann gewalttätige Reaktionen, die Nahrung für Spannungen innerhalb und zwischen Nationen abgeben können.

(FR, 16.7.04)

## Weniger Asylanträge

Die seit Jahren rückläufige Zahl der Asylbewerber in Deutschland sinkt weiterhin deutlich. In den ersten sechs Monaten des Jahres wurden in der Bundesrepublik 18.682 Asylanträge gestellt, wie das Bundesinnenministerium am 4. August 2004 mitteilte. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003 bedeute dies einen Rückgang um fast 30 Prozent. Zwei Drittel der Anträge, die das zuständige Bundesamt zwischen Januar und Juni bearbeitete, wurden abgelehnt.

Die meisten Asylbewerber (2.289) kamen erneut aus der Türkei. Vierstellige Bewerberzahlen wurden auch aus Serbien und Montenegro (2.007) sowie aus Russland (1.261) registriert. Auch hier gab es im Vergleich zum Vorjahr massiv sinkende Zahlen. Besonders deutlich war der Rückgang beim Irak, wo die Zahl der Asylbewerber im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres von 3.003 auf 555 sank.

(taz, 5.8.04)

## Analyse der türkischsprachigen Schulbücher in Deutschland

Die „Initiative eine Schule für Kurdistan“ möchte mit einem Projekt die türkischsprachigen Bücher in Deutschland unter die Lupe nehmen. In dem Projektkonzept wird der Ziel des Projektes u.a. wie folgt beschrieben:

„Das Erlernen der Muttersprache wird gegenwärtig sowohl von der Wissenschaft als auch von der Schulbildung als Voraussetzung für die Festigung der eigenen Persönlichkeit, aber auch für das Erlernen aller weiteren Sprachen angesehen.

Eine große Anzahl der in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern lebenden MigrantInnen bilden die türkischen und kurdischen Einwanderer/innen. Gerade für sie ist die Muttersprache erforderlich, damit sie ihre Persönlichkeit und ihre Identität und Kultur weiter entwickeln können. Doch an der Praxis der kurdischen MigrantInnen sehen wir, dass sie nicht nur in ihren Heimatländern, sondern auch im Aufnahmeland häufig ausgegrenzt werden.

So lassen sich beispielsweise zur demographischen Verteilung der kurdischen MigrantInnen in der Bundesrepublik keinerlei exakte Angaben machen, weil die kurdische Bevölkerungsgruppe nicht aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit, sondern nach ihrer Staatsangehörigkeit erfasst wird. Daher werden KurdInnen auch im Aufnahmeland bisher entsprechend ihrer Herkunftsländern unter die „Türken“, „Iraker“, „Iraner“ und „Syrier“ eingegliedert.

Gerade die vielseitigen Erfahrungen aus den vorliegenden türkischsprachigen Unterrichtsmaterialien und Schulbüchern (Lehrbüchern) zeigen, dass öfters Heimat bezogene Diskurse, die auf der Grundlage der Erziehungs- und Bildungskonzepte der türkischen Republik basieren, von den in Deutschland verlegten und publizierten türkischsprachigen Schulbüchern ohne weiteres übernommen werden.

Diese Heimat bezogenen Diskurse und Lehrinhalte umfassen in häufigen Fällen ebenso Konflikt- und Problempotenziale, die häufig zu Polarisierungen unter den türkischen und kurdischen SchülerInnen führen und den interkulturellen Erziehungs- und Bildungsprozess hemmen. Ein Grundkonsens der interkulturellen Erziehung und Pädagogik ist beispielsweise die Ablehnung jeglicher Formen von Nationalismus und Chauvinismus, welche in diesen Schul- und Lehrbüchern jedoch nicht ausreichend eingehalten wird.

Die polarisierenden Erfahrungen aus den türkischsprachigen Schul- und Lehrbüchern setzen eine kritische Bestandsaufnahme und Querschnittsanalyse der vorliegenden türkischsprachigen Schul- und Lehrbücher voraus.

Dieses Projektkonzept hat sich das Ziel gesetzt, die bisher erschienen türkischsprachigen Unterrichtsmaterialien in diesem Sinne zu analysieren. In einer späteren Phase sollen Ideen und Vorschläge für die interkulturelle Gestaltung sowie Ausrichtung dieser Schul- und Lehrmaterialien entwickelt werden.“

## Kurdisch beim Filmfestival in Locarno ausgezeichnet

Einmal im Jahr wird Locarno (14 000 Einwohner), am Lago Maggiore gelegen, für zehn Tage (4. bis 14. August) zum Mekka der Filmfans. „En Garde“ ist einer von 18 Filmen aus 17 Ländern, die am Internationalen Wettbewerb der 57. Filmfestspiele teilgenommen hat und mit dem Silbernen Leoparden ausgezeichnet. Das schweizerische Locarno fühlt sich traditionell jungen Talenten und neuen Ausdrucksformen verpflichtet.

Ayşe Polat, 1970 in der Türkei geborene kurdische Regisseurin lebt in Hamburg. Sie bezeichnet sich als „Deutschkurdisch“. Ihr Film handelt von einem packenden Drama, in dem zwei junge Mädchen zögerlich Freundschaft schließen und sie gefährden.

„En Garde“: Der Filmtitel ist mit Bedacht gewählt. Ein Begriff aus dem Fechtsport als Metapher für das Leben, das immer auch Kampf ist. Angriffe parieren, nach vorne stürmen. Doch da ist noch mehr. Die 16-jährige Alice wurde von ihrer hartherzigen Mutter einfach in ein katholisches Heim abgeschoben. Sie leidet an Hyperacusis, einer Störung des Gehörs, die Geräusche ins Unerträgliche verstärkt.

Alice lernt im Heim Berivan kennen, eine junge Kurdisch, die noch keine Aufenthaltsgenehmigung hat und vielleicht wieder abgeschoben wird. Eine Heimatlose, und darum fühlt sich Alice ihr so sehr verbunden. Auch sie sucht nach einem Platz im Leben, einem Ort, wo sie bleiben will. Heimat nicht nur eine Frage von Staaten und Ländern, sondern auch von Menschen und Beziehungen. Doch als sich Berivan in den Pizza-Fahrer Ilir verliebt, fürchtet Alice, ihre neue Freundin zu verlieren. Der nun folgende Konflikt mündet in eine Katastrophe, die alles verändern soll.

„En Garde“ spielt in Hamburg. Doch Ayşe Polat vermeidet touristische Bilder, die jeder kennt. Kein Hafen, keine Reeperbahn. Sie gewinnt der Stadt eine neue, andere Seite ab, vermeidet Klischees. Sie ist Autodidaktin, hat nie eine Filmschule besucht. Sie studierte Philosophie und Kulturwissenschaften, doch ihre große Leidenschaft war immer das Kino. Schon mit 16 drehte Polat ihre ersten Super-8-Filme, als Continuity-Praktikantin sammelte sie weitere Erfahrungen.

Ein Film, der schon von der Sensibilität zeugt, mit der Ayşe Polat ihre Figuren charakterisiert. Polat versteht sich als Autorenfilmerin, für „En Garde“ hat sie auch das Drehbuch geschrieben. Autorenkino, das bedeutet für die junge Kurdisch, nicht auf Kommerzialität zu achten, sondern auf Anspruch und stimmige Geschichten.

(Hamburger Abendblatt, 12.8.04; ÖP, 16. und 18.8.04)

## Neuerscheinungen

### Neue Gesetze sind nur ein erster Schritt – Europa bleibt Hoffnung und Motor

Das ist die Überschrift des Berichtes der 9. ÄrztInnen Delegation der deutschen IPPNW in die Türkei vom 18. bis 29. März 2004. An der Delegation nahmen Dr. med. Gisela Penteker, Dr. med. Nesmil Ghassemlou, Dr. med. vet. Irmtraut Fäthke, Eva Kilippenstein und Mehmet Bayval teil. Ihre Stationen waren Istanbul, Van, Hakkari, Midyat, Hasankeyf, Diyarbakir, Kiziltepe.

Der umfangreiche Reisebericht beinhaltet auf 56 A4-Seiten insgesamt 9 Gesprächsmitschriften, 5 Einzel-Berichte und einen umfangreichen Anhang und kann bei IPPNW bestellt werden: kontakt@ippnw.de, Fax 0 30/6 93 81 66

### Grundrechte-Report 2004

Nach jedem Terroranschlag wird der Ruf nach dem starken Staat und schärferen Gesetzen laut. Politiker fordern neue Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden und drastische Maßnahmekataloge, die jedoch keinen umfassenden Schutz vor Terroranschlägen bieten können. Angesichts dieser Entwicklung ist es eine der großen Herausforderungen unserer Demokratien, bürgerliche Freiheiten in Zeiten neuer Gefahren aufrecht zu erhalten.

Renommierte Nichtregierungsorganisationen dokumentieren im aktuellen Grundrechte-Report zahlreiche Beispiele für die Missachtung der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland.

Der Schwerpunkt liegt im Report 2004 auf der zunehmenden Überwachung der Menschen und der Einschränkung ihrer Privatsphäre, die im Zuge des Antiterrorkampfes drastisch zugenommen hat. Migrantinnen und Migranten stehen nicht selten als erstes im Visier der Überwachungsapparate.

Der Grundrechte-Report gibt in 39 Beiträgen von Bürgerrechtlern und Menschenrechtsexperten einen prägnanten Überblick über Grund- und Menschenrechtsverletzungen und zeigt allgemeine Tendenzen auf.

Ein gemeinsames Projekt von: Humanistische Union, Gustav-Heinemann-Initiative, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bundesarbeitskreis kritischer Jura-Gruppen, PRO ASYL, Republikanischer Anwälteverein, Vereinigung demokratischer JuristInnen.

224 Seiten, ISBN 3-596-16381-1, EUR 9,90, Fax 0 69/23 06 50, nv@proasyl.de

### Weggehen – Ankommen

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Migration das Leben bereits unzähliger Generationen geprägt hat. Wie viele „Fremde“ gerne gesehen und wie das Zusammenleben mit ihnen gestaltet werden sollte, darum drehen sich politische Diskussionen in Deutschland seit über hundert Jahren.

Die Unterrichtsideen stellen die aktuellen Debatten in den historischen Kontext und liefern 50 Stundenentwürfe zum Thema Migration.

Zu bestellen bei: Körber-Stiftung, ISBN, 3-89684-326-5, Fax 0 40/72 50 37 98

**G I 4654**

**NN 33, August 2004**

(Redaktionsschluss: 23. 8. 2004)

**Port payé  
Köln  
Allemagne**

**Sendung** zu ermäßigtem Entgelt  
**Envoi** à taxe réduite

## **Verheugen: Türkei muss die vollständige und wirksame Umsetzung der Reformen gewährleisten**

Im Juni 2004 hat Andreas Buro, Koordinator des Dialog-Kreises mit einem Brief den zuvor von 20 Persönlichkeiten aus Deutschland – unter Ihnen Hans Koschnik, Günter Grass, Heiner Geissler, Hans-Peter Dürr, Norbert Blüm, Herbert Schnoor, Horst-Eberhard Richter, Heiko Kauffmann – unterschriebenen Appell unter dem Motto „*Wer über den EU-Beitritt der Türkei spricht, darf zur Kurdenfrage nicht schweigen*“ einer Reihe der ausgewählten Regierungsmitglieder in Berlin, Diplomaten in Brüssel und Politiker in Berlin und Brüssel weitergeleitet. Andreas Buro bat die Adressaten, sich im Sinne dieser Erklärung für die friedliche, politische Lösung der Kurdenfrage einzusetzen, wo immer dies möglich ist. (Den Appell veröffentlichten wir im Heft 2/2004 der Nützlichen Nachrichten.)

Daraufhin hat der Dialog-Kreis eine Reihe von Antwortschreiben und Reaktionen erhalten. Einige von ihnen dokumentieren wir in Auszügen.

### **Günter Verheugen, Erweiterungskommissar der EU:**

„In den letzten Wochen und Monaten hat diese Region in der Presse viel Aufmerksamkeit erfahren. Dabei gab es durchaus positive Meldungen wie die Freilassung von Leyla Zana, der Ausstrahlung von Kurdisch-sprachigen Sendungen seit dem 9. Juni im türkischen Fernsehen und dem Angebot von Kurdisch-Unterricht an drei privaten Schulen. Andererseits gab es nach der Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die PKK/Kongragel in der Grenzregion seit Anfang des Monats auch vermehrte Kämpfe zwischen türkischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppierungen, die mehrere Todesopfer forderten.

In ihrem am 8. November 2003 veröffentlichten Bericht wies die Kommission darauf hin, dass die türkische Regierung im vergangenen Jahr große Entschlossenheit bei der Durchsetzung der Reformen gezeigt hat, die sowohl das politische System als auch das Rechtssystem weitreichend verändert haben. Einige der Reformen sind politisch von großer Bedeutung, da sie sich auf im türkischen Kontext schwierige Fragen, wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsrecht, kulturelle Rechte und die zivile Kontrolle über das Militär, beziehen. Viele Prioritäten der politischen Kriterien in den überarbeiteten Beitrittspartnerschaften wurden aufgegriffen.

Trotz dieser Verbesserungen sind weitere Anstrengungen erforderlich. Die Kommission und der Rat haben deutlich gemacht, dass die Türkei die vollständige und wirksame Umsetzung der Reformen gewährleisten muss, um sicherzustellen, dass die türkischen Bürger Menschenrechte und Grundfreiheiten nach europäischen Standards genießen können.

Ich werde auch weiterhin die Fortschritte der Türkei gerade in diesem Bereich aufmerksam verfolgen und -sofern erforderlich- Probleme unmittelbar mit den türkischen Behörden zur Sprache bringen.“

### **Dr. Friedberg Pflüger, MdB, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

„Im Auftrag von Frau Merkel danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 23. Juni 2004. Sie sprechen darin die Situation der Kurden in der Türkei an. Aus meiner Sicht ist dies eine ganz entscheidende Frage hinsichtlich der Erfüllung der politischen Beitrittskriterien durch die Türkei. Hier gibt es noch erhebliche Probleme zu lösen. Die kürzlich ergriffenen Maßnahmen, wie Sendungen in kurdischer Sprache oder die Freilassung der Abgeordneten Leyla Zana und drei ihrer Parlamentskollegen, reichen dafür bei weitem nicht aus. Nach wie vor sind nach meiner Kenntnis noch mehr als 6000 kurdische politische Gefangene inhaftiert. Auch warten rund 2,5 Mio. kurdische Vertriebene auf die Rückkehr in ihre Heimatdörfer.

Diese Probleme werden wir mit Blick auf die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs im Dezember über die Frage einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei deutlich ansprechen.“

### **Dr. André Brie, MdEP:**

„Danke für Ihr Schreiben vom 23. Juni, vor allem für den Appell zur Kurdenfrage in der Türkei. Ich stimme mit seinen Einschätzungen und Forderungen völlig überein. Das ist eine zeitgemäße und wichtige Initiative. Ich habe in der Vergangenheit diese Positionen im EP immer aktiv und mit entsprechenden Anträgen bzw. Reden unterstützt und werde das auch künftig tun. Ich halte einen EU-Beitritt der Türkei für richtig und notwendig, aber seine wichtigste Voraussetzung ist tatsächlich die Gewährleistung der Menschen- und Minderheitenrechte in der Türkei, vor allem der Rechte der Kurdinnen und Kurden. Rechtlich gab es in dieser Hinsicht Fortschritte, faktisch ist die Situation jedoch nach wie vor völlig unbefriedigend.“

### **Jo Leinen, MdEP:**

„Meinen Glückwunsch für deine Arbeit im Dialog-Kreis“. Besten Dank auch für den Hinweis auf die unhaltbaren Zustände bezüglich der Kurdenfrage in der Türkei. Gerne setze ich mich im Europa-Parlament für diese Ziele ein. Im Hinblick auf den Bericht der EU-Kommission im Oktober und der Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 wird das Thema hoffentlich auf die politische Agenda kommen.“